

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1978

Westliche Industrieländer: Dollarkrise beeinträchtigt Wirtschaftswachstum

Die wirtschaftliche Expansion in den Industrieländern hat sich 1977 stärker verlangsamt, als zu Beginn vorigen Jahres prognostiziert worden war. Zwar dürfte das Wachstum des zusammengefaßten realen Bruttosozialprodukts 1977 nur um einen halben Prozentpunkt unter dem zunächst vorausgeschätzten gelegen haben. Jedoch sind die Abweichungen für einzelne Länder sehr viel ausgeprägter. Zu diesen gehören nicht nur einige kleinere Volkswirtschaften, sondern auch weltwirtschaftlich wichtige Länder. Von deren Expansion hatte man sich Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung der Problemländer erhofft, wo Inflationsbekämpfung und Zahlungsbilanzrücksichten einer energischen Politik der inländischen Nachfragebelebung entgegenstanden.

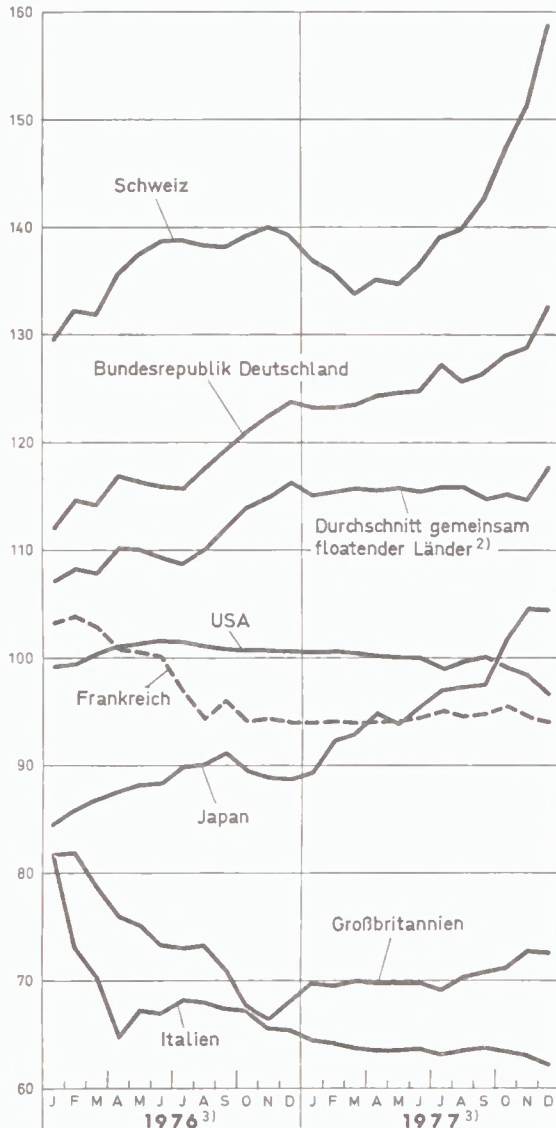
Allein die USA enttäuschten nicht in der Rolle eines konjunkturellen Vorreiters. Zwar schwächte sich auch hier die Expansion im letzten Jahr erwartungsgemäß leicht ab. Das Wachstum war jedoch kräftiger als in den meisten anderen Volkswirtschaften und trug dazu bei, daß sich das internationale Konjunkturklima nicht noch mehr abkühlte. Das konjunkturelle Voraneilen war aber zugleich eine entscheidende Ursache des hohen amerikanischen Leistungsbilanzdefizits, das ein während der Nachkriegszeit nicht erreichtes Ausmaß annahm. Wenn das Defizit auch durch die wachsende amerikanische Ölabhängigkeit mitbedingt ist, so wäre es doch ohne

das Konjunkturgefälle zwischen den USA und der übrigen Welt erheblich geringer ausgefallen.

Die Höhe des amerikanischen Defizits, eigentliche Ursache für den Kurssturz des Dollars, gefährdet die weitere wirtschaftliche Expansion in der westlichen Welt. Einerseits ist es für die USA schwieriger geworden, die Rolle eines konjunkturellen Vorreiters zu spielen; andererseits wird durch die Dollarabwertung die Expansion in den übrigen Ländern beeinträchtigt, deren Exportchancen sich verschlechtern. Am stärksten sank der Dollarkurs gegenüber den Währungen der Überschußländer Bundesrepublik Deutschland, Schweiz und Japan. Damit droht besonders diesen Ländern eine Außenwirtschaftsver schlechterung von der Exportseite her, nachdem es ihnen bisher nicht gelang, ihren Leistungsbilanzüberschuß insgesamt durch eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums — und der Importzunahme — zu vermindern.

Die Gefahr einer weiteren Verlangsamung der weltwirtschaftlichen Expansion ist nur durch ein entschlossenes Vorgehen insbesondere der Überschußländer zu bannen. Je mehr sich deren Wachstum der Expansion in den USA angleicht, umso geringer ist das Ausmaß der Dollarabwertung, das für den Abbau des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits notwendig ist, und umso weniger wird die Expansion des Welthandels durch Änderung der Wechselkursrelationen beeinträchtigt.

KURSBEWEGUNGEN¹⁾ AUSGEWÄHLTE WÄHRUNGEN GEGENÜBER SZR



1) Februar 1973 = 100. — 2) Bundesrepublik Deutschland, Niederlande, Belgien, Dänemark, Norwegen. — 3) Werte jeweils Monatsmitte.

DIW 78

Eine gewisse Angleichung des Wachstumstempes der einzelnen Volkswirtschaften wird sich indes schon als Folge der zusätzlichen expansiven Maßnahmen einstellen, die in vielen Ländern während der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres ergriffen worden sind, um einer weiteren Wachstumsverlangsamung und einem Steigen der Arbeitslosenzahl entgegenzuwirken. Die in den Tabellen ausgewiesenen Schätzungen des Wachstums des Bruttosozialprodukts und seiner Komponenten für das Jahr 1978, die diese Maßnahmen berücksichtigen, veranschau-

lichen jedoch, daß die bisher außerhalb der USA betriebene Expansionspolitik das Konjunkturgefälle zwar verringern, aber nicht beseitigen werden. Von dieser Seite her werden Tendenzen zu einer weiteren, wenn auch schwächeren Erhöhung des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits ausgehen. Trotzdem wird es wahrscheinlich zu einem Abbau des amerikanischen Defizits kommen. Denn erstens ist nicht zu erwarten, daß die Ölimporte 1978 noch einmal so stark zunehmen werden wie 1977. Zum anderen stärkt die Abwertung des Dollars die internationale Wettbewerbsposition der amerikanischen Wirtschaft. In der hier vorgelegten Prognose der Export- und Importentwicklung werden die von den Wechselkursänderungen ausgehenden Effekte eher unterschätzt. So könnte sich das reale Exportwachstum in den USA mehr beschleunigen und in den übrigen Industrieländern stärker abschwächen als hier angenommen wurde. In diesen Volkswirtschaften würde dann das prognostizierte Sozialproduktswachstum nur erreicht werden, wenn die Regierungen dieser Länder die Expansionspolitik weiter verstärkten, um zusätzliche Binnennachfrage zu schaffen, die an die Stelle fehlender Auslandsnachfrage träte.

Zusätzliche expansive Maßnahmen stoßen jedoch gegenwärtig in den meisten Industrieländern auf erheblichen Widerstand. Bereits die im vergangenen Jahr verabschiedeten Expansionsprogramme waren schwer durchzusetzen, weil sie zunächst zu einer erneuten Zunahme der hohen, wenn auch während der letzten Jahre in vielen Ländern reduzierten Haushaltsdefizite der Gebietskörperschaften führen. Die Maßnahmen waren schon aus diesem Grunde nicht stark dosiert worden. Hinzu kommt, daß die wirtschaftspolitischen Instanzen in Westeuropa mehr als die in den USA fürchten, eine forcierte staatliche Anregungspolitik gefährde den Gesundungsprozeß, der über eine Beseitigung der Inflationsursachen die Voraussetzung für ein anhaltendes, von den privaten Investitionen getragenes Wirtschaftswachstum schaffen soll.

Als entscheidender Indikator für Fortschritte in dieser Richtung wird die Lohnentwicklung angesehen. Wenn sich auch die Lohnsaterhöhungen während der letzten Jahre in vielen Ländern infolge steigender Arbeitslosigkeit merklich verlangsamt haben, so werden doch die Erfolge auf diesem Gebiete von Unternehmen und Regierungen meist noch nicht als ausreichend betrachtet. Die Unternehmen beurteilen weiterhin ihre Ertragserwartungen wegen zu starker Lohnsatzsteigerungen als wenig investitionsermutigend. Die Gewinnquote (Anteil der Gewinne am Volkseinkommen), die 1976 in den meisten Ländern beträchtlich erhöht werden

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

Länder	Gewichte ¹⁾ 1975 in vH		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH								
	BSP	Ausfuhr der BRD	1976			1977 ²⁾			1978 ²⁾		
			real	nominal	Preise ³⁾	real	nominal	Preise ³⁾	real	nominal	Preise ³⁾
Bundesrep. Deutschland	11,2	-	5,7	9,1	3,2	2,5	6,5	4	3	7,5	4,5
Frankreich	9,0	17,9	5,4	15,5	9,6	3	13	9,5	3	12	8,5
Großbritannien	6,2	7,0	2,7	18,3	15,2	0,5	15	14,5	3	15	11,5
Italien	4,7	11,2	5,6	24,4	17,8	2	21	18,5	1,5	15,5	14
Niederlande	2,2	15,3	4,6	13,3	8,3	2,5	9,5	7	3	9	6
Belgien	1,7	11,6	2,3	11,5	9,0	2,5	10	7,5	2,5	9,5	7
Dänemark	1,1	3,2	4,9	14,2	8,9	0,5	10,5	10	1,5	10,5	9
Irland	0,2	0,4	3,2	22,0	18,2	5	19	13,5	5,5	16	10
EG	36,3	-	4,8	14,8	9,6	2	12	9,5	3	11,5	8,5
Schweden	1,8	5,6	1,5	12,7	11,0	-2,5	8,5	11,5	-0,5	10	10,5
Schweiz	1,5	6,6	-1,3	1,1	2,4	2,5	4	1,5	3	5	2
Österreich	1,0	6,8	5,2	11,4	5,9	3,5	9,5	6	1,5	7	5,5
Norwegen	0,8	2,4	6,0	15,2	8,7	4,5	13,5	8,5	5	13,5	8
Europ. Industrieländer	41,4	-	4,5	14,2	9,3	2	11,5	9,5	2,5	11	8
Europ. Industriel. o. BRD ⁴⁾	30,2	-	4,1	16,0	11,5	2	13,5	11,5	2,5	12	9,5
Europ. Industriel. o. BRD ⁴⁾	-	88,0	3,9	14,3	10,0	2	12	9,5	2,5	11	8
USA	41,0	9,1	6,0	11,6	5,3	5	11	5,5	4,5	11	6
Kanada	4,4	1,3	4,9	14,9	9,5	2,5	9,5	7	3,5	10	6,5
Japan	13,2	1,6	6,3	13,1	6,4	6	12,5	6	5	11	5,5
Außereurop. Industriel. ⁴⁾	58,6	-	6,0	12,2	5,9	5	11	5,5	4,5	11	6
Außereurop. Industriel. ⁴⁾	-	12,0	5,9	12,2	5,9	5	11	5,5	4,5	11	6
Insgesamt	100,0	-	5,4	13,0	7,3	4	11,5	7	3,5	11	7
Insgesamt o. BRD ⁴⁾	88,8	-	5,3	13,5	7,8	4	12	7,5	4	11,5	7
Insgesamt o. BRD ⁴⁾	-	100,0	4,1	14,1	9,5	2,5	12	9	2,5	11	8

1) Auf Dollarbasis.- 2) Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet.- 3) Deflationierungsfaktor.- 4) Gewichtet nach den Anteilen der Länder an der deutschen Warenausfuhr.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW.

konnte, nahm 1977 nur noch in wenigen Ländern zu und wird voraussichtlich auch 1978 in den meisten Volkswirtschaften nicht mehr steigen.

Wie einerseits mäßige Gewinnerwartungen die Investitionsentwicklung beeinträchtigen, verhindert aber andererseits das vorsichtige Investitionsverhal-

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts

Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlage-investitionen			Exporte von Gütern und Diensten			Importe von Gütern und Diensten		
	1976	1977 ¹⁾	1978 ¹⁾	1976	1977 ¹⁾	1978 ¹⁾	1976	1977 ¹⁾	1978 ¹⁾	1976	1977 ¹⁾	1978 ¹⁾	1976	1977 ¹⁾	1978 ¹⁾
Bundesrep. Deutschland	3,6	3	3	2,4	1	3	5,0	3	4,5	11,1	3,5	4	10,6	6	6
Frankreich	4,9	2,5	3	4,7	3	3,5	4,5	1	1,5	10,0	6	5,5	19,4	1	5
Großbritannien	0,4	0	4,5	3,2	0,5	0,5	-3,4	-8,5	5	7,4	7,5	5	3,8	5	7,5
Italien	3,2	1,5	1,5	1,9	1,5	1,5	2,3	3	0	12,6	8	5,5	13,1	3	3
Niederlande	2,7	4	2,5	4,3	1,5	3	-1,9	9	1	10,4	2	5	10,9	4	4
Belgien	2,3	2,5	2,5	3,6	2,5	3	-2,7	3	2	10,5	5	4	11,0	5	5
Dänemark	6,5	0	0	6,3	2	3	14,4	-4	-0,5	3,4	3	3	16,8	0	1
Irland	2,8	4,5	5	2,1	2	4	4,4	8,5	10	5,0	11	8	15,0	11	10
EG	3,3	2	3	3,3	1,5	2,5	2,8	1	2,5	10,0	5	4,5	11,5	4	5,5
EG ohne BRD	3,1	1,5	3	3,8	1,5	2	2,0	0	2	9,6	6	5	11,8	3,5	5
Schweden	4,1	-2	-2	2,9	3	3,5	-1,6	-3	-2	3,9	-2	2	6,2	-2	0
Schweiz	0,5	2	2	4,0	1	1,5	-10,7	1	2,5	10,1	9	6	11,2	8	6
Österreich	4,0	6	1,5	2,5	2	2	5,7	4,5	2	11,3	3	3,5	17,9	9	2
Norwegen	6,3	5,5	3,5	4,6	5,5	5	12,1	8	0	7,6	4	9	11,4	7	4
Europ. Industrieländer	3,3	2	2,5	3,3	1,5	2,5	2,4	1	2,5	9,7	5	4,5	11,4	4	5
Europ. Industrieländer o. BRD	3,2	2	2,5	3,7	2	2,5	1,5	0	1,5	9,2	5,5	5	11,7	3,5	4,5
USA	6,0	5	4	2,2	3	5	5,1	10	6	6,6	3	6	18,4	14	5
Kanada	6,1	3	3,5	0,9	3	2,5	0,8	0	1	8,9	8	6	8,2	4	5
Japan	4,4	4	4,5	4,3	3	3,5	4,5	5,5	6	17,2	8	6	7,9	5	6
Außereurop. Industrieländer	5,7	4,5	4	2,4	3	4,5	4,5	7,5	5,5	9,8	5	6	13,5	9,5	5,5
Insgesamt	4,7	3,5	3,5	2,8	2,5	3,5	3,6	4,5	4	9,7	5	5	12,2	6	5
Insgesamt ohne BRD	4,8	3,5	3,5	2,8	2,5	4	3,4	5	4	9,5	5	5,5	12,5	6	5

1) Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet.- Gewichte 1975 auf Dollarbasis.

Quellen: Vgl. Tabelle Entwicklung des Bruttosozialprodukts.

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

Länder	Bruttoeinkommen aus Unternehmer- tätigk.u.Verm.						Stückgewinn ¹⁾			Lohnstück- kosten ²⁾			Lohnstück- kosten ²⁾		
	in Landeswährung												in SZR		
	1976	1977 ³⁾	1978 ³⁾	1976	1977 ³⁾	1978 ³⁾	1976	1977 ³⁾	1978 ³⁾	1976	1977 ³⁾	1978 ³⁾	1976	1977 ³⁾	1978
Bundesrep. Deutschland	15,4	4,5	10	7,1	7	6	9,2	2	7	1,3	4,5	3	4,1	12	.
Frankreich	15,5	15	14	15,5	12	11	9,6	11,5	10,5	9,6	8,5	8	3,4	4,5	.
Großbritannien	25,0	29,5	12,5	14,5	11	15	21,7	29	9	11,5	10,5	11,5	-4,7	5,5	.
Italien	24,0	11,5	10,5	22,7	23	16	17,4	9,5	9,5	16,2	20,5	15	-4,1	12,5	.
Niederlande	26,7	9,5	10,5	10,9	9,5	8,5	21,1	7	7,5	6,0	7	5,5	6,6	14	.
Belgien	7	3)	9	9,5	13,5	10,5	4,5	3)	6,5	7	11	3)	8	7	11
Dänemark	13,5	3	5,5	13,5	11	10	8,2	2,5	4	8,2	10,5	8,5	8,2	10	.
Irland	35	3)	28	19,5	18	3)	16	14	31	3)	22	13,5	14,5	10,5	8
EG	18,0	12	11,5	13,3	11,5	10,5	13,2	10	8,5	7,9	9	7,5	2,7	10	.
Schweden	-12,3	-1,5	10	18,1	10	10	-13,6	1	10,5	16,4	13	10,5	16,7	8,5	.
Schweiz	3,0	7	6,5	1,1	2,5	3,5	4,4	4,5	3,5	2,4	0	0,5	11,2	3	.
Österreich	15,9	8	4,5	10,2	10	8	10,2	4,5	3	4,8	6,5	6,5	7,0	14,5	.
Norwegen	17,7	23	21	13,6	12	12,5	11,0	17,5	15	7,2	7	7	8,0	8,5	.
Europ. Industrieländer	16,4	11,5	11	13,0	11	10,5	11,4	9	8	8,0	8,5	7,5	4,0	10	.
USA	14,3	11	11	11,4	11	11	7,8	5,5	6	5,1	5,5	6	10,5	4,5	.
Kanada	10,2	12	15	15,0	10	9,5	5,1	9,5	11	9,6	7,5	6	18,9	-1,5	.
Japan	22	3)	11	11	12,5	12,5	11	15	3)	4,5	6	3)	6	5,5	11,5
Außereurop. Industrieländer	16,5	11	11,5	11,9	11	11	9,4	6	6,5	6,1	6	6	12,2	6,5	.
Insgesamt	16,5	11	11	12,4	11	10,5	10,7	8	7,5	7,3	7,5	7	7,0	8,5	.

1) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttoeinkommens. - 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttoeinkommens. - 3) Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet. - Gewichtet mit 1975er Anteilen. Für 1) und 2): Ausfuhr auf Dollarbasis.

Quellen: SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW.

ten der Unternehmen, daß — im Kreislaufzusammenhang — höhere Gewinne entstehen und damit die Ertragserwartungen verbessert werden. Das unterausgelastete Produktionspotential erlaubt augenblicklich in allen Ländern einen stärkeren Investitionsanstieg ohne nennenswerte Inflationsbeschleunigung. Weniger die Lohnsatzerhöhungen als die Investitionszurückhaltung selbst stehen somit gegenwärtig besseren Gewinnerwartungen im Wege.

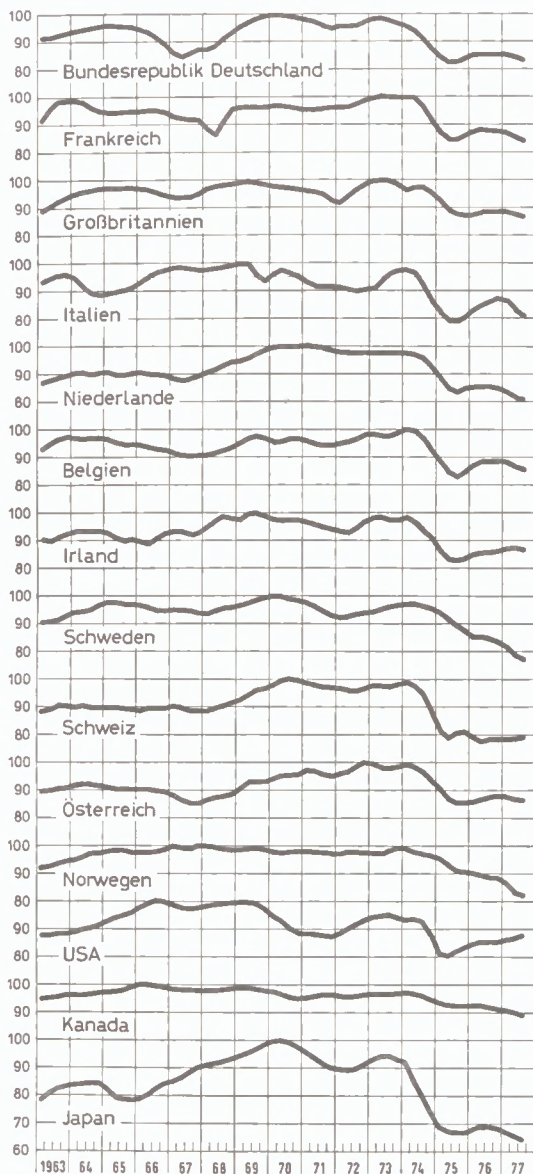
Zu der unbefriedigenden Investitionsentwicklung und ihrem gewinndämpfenden Effekt tritt mit dem Kursverfall des Dollars beim Auslandsabsatz ein weiteres ertragsminderndes Moment. Immer mehr wird deshalb die Auffassung vertreten, dieser unbefriedigenden Entwicklung sei nur durch eine verstärkte Lohnzurückhaltung zu begegnen. Käme sie zustande, so bestünde aber die Gefahr, daß nicht nur die Auslandsnachfrage, sondern auch die Konsumentennachfrage unzureichend steigt und schlechte Absatzerwartungen zusätzlich investitionsentmutigend wirken.

Die Finanzpolitik hat unter diesen Umständen eine doppelte Aufgabe zu erfüllen. Sie muß einmal verhindern, daß ein Nachfrageverfall um sich greift. Sie muß aber gleichzeitig bereit sein, solange die Investitionsneigung unzureichend bleibt, größere Haushaltsdefizite hinzunehmen, damit über den Kreislaufzusammenhang die Gewinnsituation nicht verschlechtert wird.

Betrachtet man die finanzpolitische Aktivität in den einzelnen Ländern, so zeigt sich nicht nur, daß sie ganz allgemein eher zu zaghaft ist, sondern auch, daß sie gerade in den expansionschwächsten Volkswirtschaften am zurückhaltendsten ist. Mit großer Flexibilität und situationsgerecht wird die Finanzpolitik in den USA gehandhabt; sie wird mit Erfolg eingesetzt, um ein befriedigendes Wirtschaftswachstum zu sichern. Einer drohenden Abschwächung der Investitionszunahme soll nicht nur mit einer Beschleunigung der Steigerung öffentlicher Ausgaben entgegengetreten werden, sondern auch mit weiteren Steuersenkungen. Es bestehen deshalb gute Aussichten, daß 1978 in den USA eine fühlbare Verlangsamung des Expansionsprozesses vermieden werden kann.

Mehr in der Tendenz als im Ausmaß der Situation angemessen sind die finanzpolitischen Maßnahmen in den Überschußländern Japan und Bundesrepublik Deutschland sowie in kleineren Volkswirtschaften wie den Niederlanden. Während aber in der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden eine leichte Beschleunigung der Expansion zu erwarten ist, wird sich in Japan das Wachstumstempo eher wieder verlangsamen; es wird dort allerdings auch 1978 größer sein als in den meisten anderen Ländern. Wenn Japan dennoch das Industrieland mit dem höchsten Leistungsbilanzüberschuß ist, so kommt hierin zum Ausdruck, daß es vor allem infolge

KAPAZITÄTSAUSLASTUNG IM INDUSTRIELLEN BEREICH *



*Berechnet als gleitende 3-Quartalsdurchschnitte der Abweichungen, die der Industrieproduktionsindex vom Trend aufweist. Die bisherige Höchstauslastung ist gleich 100 gesetzt.

DIW 78

einer im Vergleich zu anderen Ländern kräftigen Exportausweitung relativ stark expandiert. Mit der zunehmenden Begrenzung des japanischen Exportanstiegs durch die Dollarabwertung und einer allgemeinen Abwehr japanischer Exportoffensiven schwächt sich auch das Sozialproduktswachstum Japans ab.

Gemessen am für 1978 vorgesehenen Wachstum der Staatsausgaben, aber auch an der Steuerpolitik, ist die Finanzpolitik in den europäischen Problemländern, zu denen neben *Frankreich*, *Großbritannien* und *Italien* nun auch kleinere Volkswirtschaften wie *Schweden*, *Dänemark* und *Österreich* gehören, am wenigsten expansiv. Zwar konnten die drei größeren Länder ihre außenwirtschaftlichen Probleme bereits erheblich vermindern: Großbritannien und Italien ist es gelungen, 1977 wieder einen geringen Leistungsbilanzüberschuß zu erzielen; Frankreich konnte sein Defizit erheblich abbauen. Jedoch sind die Erfolge bei der Inflationsbekämpfung in vielen dieser Länder noch nicht so nachhaltig, daß stärkere finanzpolitische Anregungen als angebracht erscheinen.

Gleichwohl wird das Wachstum des realen Sozialprodukts weder in Frankreich noch in Großbritannien hinter der Expansion in der Bundesrepublik Deutschland zurückbleiben. In beiden Ländern wirkt die Entwicklung des privaten Verbrauchs konjunkturstützend. Noch ausgeprägter als in Frankreich gehen in Großbritannien von den Konsumenten, deren Einkommen im Vergleich zu anderen Ländern relativ kräftig steigen, Nachfrageimpulse aus, die auch die Investitionsneigung verbessern, nachdem die Gewinnquote in den letzten Jahren bei zunächst zurückhaltender Lohnentwicklung merklich zugenommen hat. Allerdings ist die Gefahr groß, daß es später zu einer erneuten Inflationsbeschleunigung und schließlich wieder zu einer Wachstumsabschwächung kommt, wenn es nicht gelingt, mit Hilfe einkommenspolitischer Maßnahmen diesen Tendenzen entgegenzutreten.

Bundesrepublik Deutschland: Ein neuer Anlauf zu konjunktureller Expansion

Enttäuschte Wachstumserwartungen 1977

Die Erwartungen, die vor einem Jahr in die konjunkturelle Entwicklung 1977 gesetzt worden waren, sind enttäuscht worden. Statt eines Wachstums des realen Bruttosozialprodukts von etwa 5 vH sind tatsächlich nur rund 2,5 vH erreicht worden. Diese nicht nur im Vergleich zur Prognose ungünstige Entwicklung ergab sich aus der recht abrupten Beendigung der konjunkturellen Aufwärtstendenz im zweiten Vierteljahr; in den beiden Sommerquartalen hat das reale Bruttosozialprodukt saisonbereinigt stagniert.

Bis zum Jahresende 1976 war die Nachfrage bei der Industrie, insbesondere der inländische Auftragszugang im Investitionsgüterbereich, sehr kräftig gestiegen. Es gab keine Symptome, die auf ein baldiges Ende dieser Aufwärtstendenz hingedeutet hätten. Deshalb erschienen zunächst auch die Auftragsdaten, die von der amtlichen Statistik für die ersten Monate des Jahres 1977 veröffentlicht wurden und die auf konjunkturellen Rückgang hinwiesen, wenig glaubwürdig. Dies besonders auch deshalb, weil zum 1. Januar 1977 eine Umstellung in der monatlichen statistischen Berichterstattung für die Industrie auf die Systematik des produzierenden Gewerbes vorgenommen worden war. Die mit dieser Umstellung verbundenen Verzögerungen in der Bereitstellung statistischer Daten wie auch die ungewohnt großen nachträglichen Revisionen — Ausdruck unbewältigter Probleme bei der Umstellung — ließen berechnete Zweifel zu, ob mit der neuen Statistik der Anschluß an die entsprechenden Zeitreihen gelungen war.

Als Ursachen für den Übergang eines konjunkturellen Aufschwungs mit deutlichen Anzeichen einer Selbstverstärkung zur Stagnation und in großen Bereichen des produzierenden Gewerbes sogar zu rezessiven Tendenzen sind vor allem eine enttäuschende Entwicklung des Exports und überzogene Konsolidierungsbemühungen beim Staat anzusehen. Die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen war im vergangenen Jahr real nur um etwa 4 vH höher als 1976. Erwartet worden war zu Jahresbeginn ein Zuwachs von über 9 vH¹. Dieser Diskrepanz entspricht ein Exportausfall von rund 13 Mrd. DM zu Preisen von 1970, d. h. mehr als 1 vH des Bruttosozialprodukts. Zwar wäre im Falle des Eintreffens der Exportprognose über eine dann allgemein günstigere konjunkturelle Entwicklung auch die Einfuhr stärker gestiegen als in Wirklichkeit, so daß der „Ausfall“ an sozialproduktwirksamer Nachfrage geringer anzusetzen ist. Mit dem Ausfall primärer

Nachfrageimpulse durch den Export verlor aber auch die Inlandsnachfrage an Schwung: Sowohl der private Verbrauch als auch die Investitionen stiegen schwächer als erwartet.

Diese Wirkungen wären allerdings weniger gravierend gewesen, hätte der Staat seinen restriktiven Kurs nicht beibehalten oder sogar stimulierend auf die Wirtschaft eingewirkt. Daß im Gegensatz zu den Erfordernissen die Entwicklung von Staatseinnahmen und -ausgaben 1977 eindeutig dem Ziele der Konsolidierung verschrieben blieb, lag allerdings zum Teil auch an der föderalistischen Struktur der Staatsfinanzen und dem Mangel an Koordination im Entscheidungsprozeß. So bedeutet es für den konjunkturellen Ablauf wenig, daß der Bund schon zu Beginn des Jahres ein Programm für Zukunftsinvestitionen beschloß, das eine Verstärkung der investiven Staatsausgaben auf mittlere Sicht vorsieht. Tatsächlich blieben die Investitionen des Staates insbesondere wegen des fortdauernden Bemühens der Gemeinden, ihre Defizite zu vermindern, rückläufig. Zu Preisen von 1970 hat der Staat im abgelaufenen Jahr seine Investitionen um weitere 2,5 vH gesenkt; sie waren damit um 10 vH niedriger als 1974, Symptom für die Belastung des Aufschwungs durch öffentliche Sparsamkeit an falscher Stelle. Ebenso symptomatisch ist die durchgehaltene restriktive Personalpolitik im öffentlichen Dienst: Die früher übliche jährliche Ausweitung des Personalbestandes um 2 bis 3 vH blieb aus; der gesamte öffentliche Verbrauch stieg real — nach einer Erhöhung um 2,5 vH im Jahr 1976 — nur noch um rund 1 vH.

Der private Verbrauch hat 1977 zwar Impulse aus dem Freiwerden von vermögenswirksam angelegten Ersparnissen erhalten. Diesem Sondereinfluß standen jedoch negative Faktoren gegenüber, die die Einkommensexpansion im Bereich der privaten Haushalte beeinträchtigten: Vor allem hat sich die im Herbst 1976 in Gang gekommene Vergrößerung der Beschäftigtenzahl vom Frühjahr an nicht mehr fortgesetzt; im zweiten Halbjahr ist die Zahl der Beschäftigten sogar wieder geschrumpft. Damit entfiel nicht nur die mit einer zunehmenden Zahl von Beschäftigten einhergehende Stärkung der kaufkräftigen Nachfrage; die unverändert ungünstige Situation am Arbeitsmarkt behinderte auch die Überwindung des Vorsichtsmotivs, welches das Ausgabengebaren bei einem großen Teil der Bevölkerung bestimmte.

¹ Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1977. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 3/4 vom 20. Januar 1977.

Mit dem Stocken des Aufschwungs verlor auch der Produktivitätsfortschritt (je Beschäftigtenstunde) an Tempo. Damit führten die in den ersten Monaten vergangenen Jahres abgeschlossenen tariflichen Lohnerhöhungen bei den Unternehmen zu einem stärkeren Anstieg der Lohnkosten je Produkteinheit als ursprünglich angenommen. In der Gesamtwirtschaft erhöhten sich die Lohnstückkosten nach einem Anstieg von nur 1,5 vH im Jahre 1976 um gut 4 vH. Dennoch setzte sich im vergangenen Jahr bei den Preisen die Stabilisierungstendenz fort. Dies gilt insbesondere für die Erzeugerpreise der Industrie und der Landwirtschaft, aber auch für die Verbraucherpreise: Im Jahresdurchschnitt 1977 war deren Niveau nur um knapp 4 vH höher als im Durchschnitt des vergangenen Jahres, und am Jahresende betrug die Inflationsrate nur noch 3,5 vH.

Zwar erfuhren die Unternehmen eine gewisse Kostenentlastung von den im Preis stabilen Einfuhrgütern her; die Preise vieler Vorleistungen erhöhten sich kaum. Der Anstieg der Lohnstückkosten hatte jedoch zur Folge, daß sich das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im vergangenen Jahr nur noch wenig erhöhte, weil Geldpolitik und steigender Wechselkurs der D-Mark Kostenüberwälzung erschwerten. Demgegenüber nahm das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit um rund 7 vH zu. Damit ist auch das allseits anerkannte verteilungspolitische Ziel des Jahres 1977 verfehlt worden.

Gegen Ende des Jahres 1977 hat sich die Wirtschaftsaktivität in der Bundesrepublik allerdings wieder leicht belebt. Im vierten Quartal sind Gesamtnachfrage und Produktion saisonbereinigt gestiegen. Der Verlauf des Auftragseingangs beim verarbeitenden Gewerbe läßt eine besonders lebhafte Bestellungsgüterindustrie erkennen. Auch zu dem Produktionsanstieg des verarbeitenden Gewerbes trug der Investitionsgüter produzierende Sektor am meisten bei. Der Anstieg des realen Bruttosozialprodukts war allerdings mit 2 vH gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres noch zu gering, um zu einer erneuten Erhöhung auch der Beschäftigtenzahl führen zu können. Die Zahl der Arbeitslosen war im Dezember mit rund 1,1 Millionen noch ebenso groß wie ein Jahr zuvor.

Schwaches Wachstum auch 1978

Die Rahmenbedingungen

Die ungünstigen mittelfristigen Wachstumsperspektiven in der Bundesrepublik, dazu die akute Wachstumsschwäche im Jahre 1977, haben die Bundesregierung im Laufe des vergangenen Jahres dazu veranlaßt, anregende Maßnahmen zu ergrei-

fen. Schon zu Beginn des Jahres 1977 ist das Programm für Zukunftsinvestitionen verabschiedet worden, das für einen Zeitraum von vier Jahren zusätzliche investive Aufwendungen des Staates von insgesamt 16 Mrd. DM vorsieht. Mit diesem Programm, das überwiegend aus Bundesmitteln finanziert wird, sollen nicht nur die staatlichen Investitionen im engeren Sinne gestärkt, sondern auch vor allem „nicht rentierliche“ Investitionen im privaten Sektor gefördert werden. Seit Herbst 1977 werden aus diesem Programm Aufträge vergeben; die Produktionseffekte werden für 1978 auf etwa 5 Mrd. DM geschätzt. Bleiben kompensierende Kürzungen in den Kernhaushalten aus — diese Gefahr ist bei den Gemeinden nach wie vor nicht gebannt —, kann für 1978 erstmals seit vier Jahren wieder mit einem Anstieg der realen Anlageinvestitionen des Staates gerechnet werden.

Daneben sind im Laufe des Jahres in zwei „Paketen“ Steuererleichterungen beschlossen worden, mit denen die Nachfrage der privaten Haushalte und der Unternehmen angeregt werden soll. Ein Teil dieser Steuererleichterungen, vor allem die Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages für die Arbeitnehmer, ist schon Ende 1977 wirksam gewesen. Auf das Jahr 1978 entfallen Steuererleichterungen im Umfang von rund 15 Mrd. DM, denen allerdings Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Steuern vom Umsatz von etwa 5 Mrd. DM entgegenstehen.

Mit der verstärkten Erhöhung der Ausgaben — beim Bund wird nach den Planungen eine Größenordnung von 10 vH erreicht — und den Steuererleichterungen wird die Entwicklung im Jahre 1978 durch eine expansive Finanzpolitik geprägt sein. Dies wird sich *ceteris paribus* sowohl in einer zusätzlichen Nachfrage der privaten Haushalte als auch — teils durch diese impliziert, teils direkt durch die den Unternehmen eingeräumten Steuer- und Abschreibungserleichterungen bewirkt — in einer Verstärkung der privaten Investitionstätigkeit auswirken.

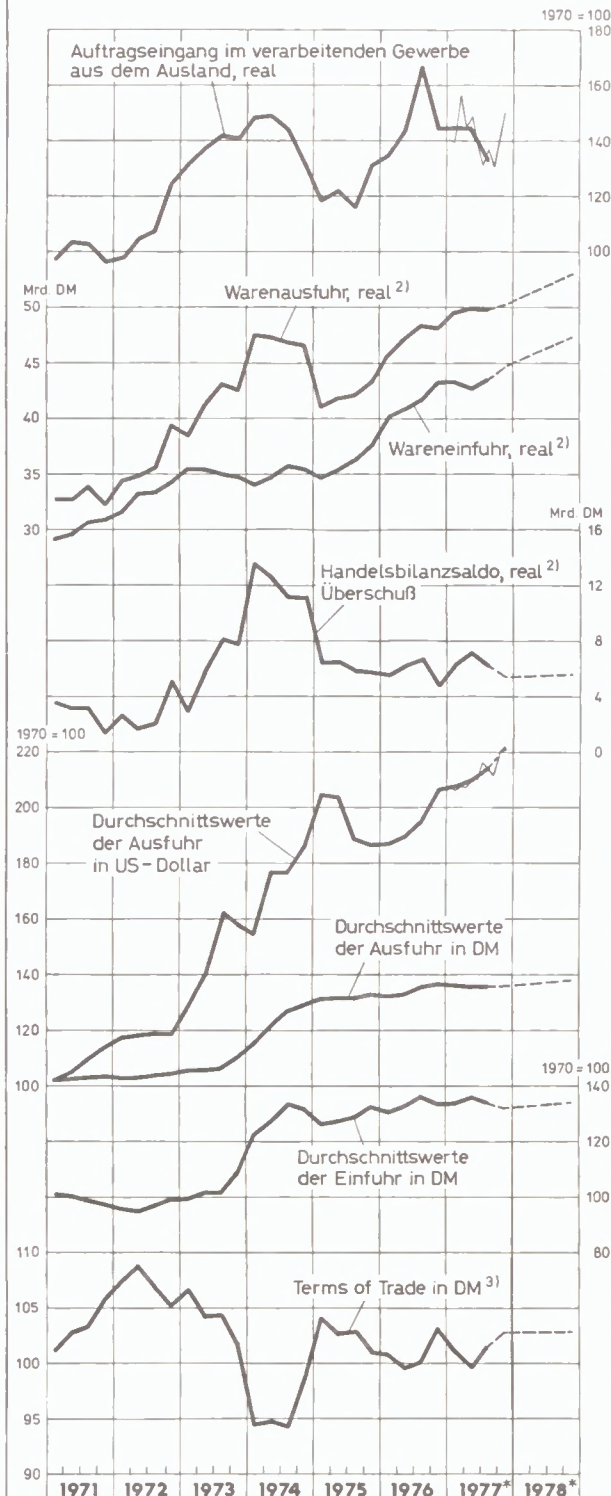
Zur relativen Verbesserung der Investitionsentwicklung in diesem Jahre könnte nicht zuletzt auch der Abbau von administrativen und juristischen Investitionshemmnissen, vor allem im Sektor der Energieerzeugung, beitragen.

Die Bundesbank hat mit der Wahl des geldpolitischen Zieles für das Jahr 1978 ihre Bereitschaft bekundet, eine konjunkturelle Wiederbelebung nach Kräften zu fördern. Dieses Ziel, das im Dezember verkündet wurde, ist insofern bemerkenswert, als es keine geringere jahresdurchschnittliche Erhöhung der Zentralbankgeldmenge vorsieht als in den vergangenen Jahren, obwohl die zu erwartende Preissteigerungsrate eher niedriger als in den Jah-

INDIKATOREN ZUM AUSSENHANDEL DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

saisonbereinigte Werte¹⁾

— Vierteljahreswerte — Monatswerte



¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren. — ²⁾ Spezialhandel, in Preisen von 1970. Zusätzlich arbeitstäglich bereinigt. — ³⁾ Terms of Trade auf Basis der Durchschnittswerte. * Ab 4. Quartal 1977 Vorausschätzung des DIW.

ren zuvor sein wird. Vor allem für den privaten Wohnungsbau werden sich über einen niedrigen langfristigen Zins Anregungen ergeben; darüber hinaus wird dem Staat der Entschluß, sich wieder verstärkt zu verschulden, erleichtert.

Den expansiven Wirkungen von Finanz- und Geldpolitik steht allerdings die aus Finanzierungsgründen beschlossene Aufschiebung der Rentenanpassung gegenüber, die sonst zur Jahresmitte fällig gewesen wäre. Dieser Entschluß kann sich je nach den Fortschritten, die bis dahin bei der konjunkturellen Erholung erzielt worden sind, jedoch als mehr oder weniger großer Störfaktor erweisen.

Denn störungsfrei wird sich die Wirtschaft im kommenden Jahr ohnehin nicht entwickeln. Vor allem die Auswirkungen der Dollarkrise in den letzten Wochen auf den Export könnten gravierend sein. Für die vorliegende Prognose wurde angenommen, daß der Kurs des US-Dollars zur D-Mark nicht wieder auf seinen Stand vor Beginn der jüngsten Krise zurückkehren wird. Damit wäre zumindest für einen großen Teil dieses Jahres die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure besonders auf dem amerikanischen Markt, aber auch auf vielen anderen Märkten gefährdet.

Die Prognose der Lohnentwicklung orientiert sich an den bisher bekanntgewordenen Forderungen der Gewerkschaften und dem Angebot von der Arbeitgeberseite. Unterstellt wird eine Steigerung der tariflichen Bezüge je Stunde in der Größenordnung von 5,5 vH. Allerdings liegen Forderungen und Angebot teilweise sehr weit auseinander. Dies beeinträchtigt die Treffsicherheit der Prognose des tariflichen Lohnrends und indiziert die Gefahr von Arbeitskonflikten, die sich in der vorliegenden labilen Konjunktursituation besonders negativ auf das Wirtschaftswachstum, und zwar nicht nur in den betroffenen Perioden, auswirken würden. Käme es ohne größere Konflikte zu tariflichen Abschlüssen in der hier prognostizierten Größenordnung, so würde die Lohnpolitik für die weitere konjunkturelle Erholung wohl kein Hindernis bilden.

Anhaltende Exportschwäche

Die verhaltene konjunkturelle Entwicklung im Ausland hat sich deutlich auf die Exporte der Bundesrepublik ausgewirkt. Im Verlauf des ersten Halbjahres 1977 ist das Exportwachstum zum Stillstand gekommen; erst seit Herbst steigt die Warenausfuhr wieder leicht. Ausschlaggebend für das insgesamt noch positive Jahresergebnis — der reale Zuwachs gegenüber 1976 betrug 4 vH — waren kräftige Ausfuhrsteigerungen in die USA sowie in die Gruppe der OPEC-Länder.

Leistungsbilanz
zu jeweiligen Preisen

	1976	1977	1978	1977		1978	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
in Mrd. DM							
Ausfuhr	310,4	326,5	344	159,2	167,5	167	177
Waren	252,7	267	280,5	131,8	135	138	142,5
dar.: Grundst.- u.Produktionsgüterind.	67,1	68	72	34,5	34	35	36,5
Investitionsgüterindustrien	139,5	148,5	156	73,1	75,5	76,5	79
Verbrauchsgüterindustrien	28,6	30,5	32,5	15,1	15,5	16	16,5
Nahrungs- und Genußmittelind.	12,2	14,5	16	7,2	7,5	7,5	8
Dienstleistungen	57,7	59,5	64	27,4	32	29,5	34,5
abzüglich: Einfuhr	282,3	302	319,5	145,7	156,5	153,5	165,5
Waren	213,2	226,5	239	111,8	115	118	121,5
dar.: Grundst.- u.Produktionsgüterind.	60,5	62	66	30,9	31	32,5	33,5
Investitionsgüterindustrien	48,8	54	59	26,6	27,5	29	29,5
Verbrauchsgüterindustrien	32,9	37	40	17,7	19	19	21
Nahrungs- und Genußmittelind.	40,1	43	46	21,9	21	22,5	23
Dienstleistungen	69,1	75,5	80	33,9	41,5	36	44
Außenbeitrag	28,1	24,5	25	13,5	11	13,5	11,5
Waren	39,5	40,5	41	20,1	20,5	20	21
Dienstleistungen	-11,4	-16	-16	- 6,5	- 9,5	- 6,5	- 9,5
Saldo der Übertragungen	-20,2	-20,5	-22,5	- 9,5	-11	-11	-11,5
Leistungsbilanzsaldo	7,9	4	2,5	4,1	0	2,5	0
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Ausfuhr	14,1	5	5,5	7,0	3,5	5	5,5
Waren	15,1	5,5	5	8,6	3	4,5	5,5
dar.: Grundst.- u.Produktionsgüterind.	10,2	1,5	6	4,7	1	1,5	7,5
Investitionsgüterindustrien	18,1	6,5	5	9,5	3,5	4,5	4,5
Verbrauchsgüterindustrien	25,7	6,5	6,5	10,9	4	6	6,5
Nahrungs- und Genußmittelind.	11,4	19	10,5	22,8	19	4	6,5
Dienstleistungen	10,0	3	7,5	-0,3	6,5	7	7
abzüglich: Einfuhr	16,3	7	5,5	8,5	5,5	5,5	6
Waren	19,3	6	5,5	8,4	4	5,5	5,5
dar.: Grundst.- u.Produktionsgüterind.	22,9	2,5	6,5	4,5	0	5	8
Investitionsgüterindustrien	23,0	10,5	9,5	12,7	9,5	9	7,5
Verbrauchsgüterindustrien	17,5	12,5	8	11,3	12,5	7,5	10,5
Nahrungs- und Genußmittelind.	17,3	7	7	13,6	1,5	2,5	9,5
Dienstleistungen	7,9	9,5	6	8,7	10	6	6

Quelle: Statistisches Bundesamt und Vorausschätzungen des DIW.

Quelle: Statistisches Bundesamt und Vorausschätzungen des DIW.

Die reale Wareneinfuhr hat sich im vergangenen Jahr um 5,5 vH erhöht. Im zweiten Quartal 1977 ist der Importverlauf deutlich von der Schwäche wichtiger inländischer Nachfragekomponenten beeinflusst worden, die vor allem zu einem Rückgang der Bezüge von Fertigwaren-Enderzeugnissen geführt hat.

Der Überschuß im Warenverkehr hatte 1977 preisbereinigt die gleiche Größenordnung wie im Vorjahr. Bei nahezu unveränderten Terms of Trade ist der nominale Handelsbilanzsaldo nur wenig höher als im Jahr davor gewesen. Die erheblich kräftiger als die Einnahmen gestiegenen Ausgaben im Dienstleistungsverkehr — zu erwähnen ist besonders das höhere Defizit im Reiseverkehr — haben allerdings

zu einer Schrumpfung des realen Außenbeitrags geführt.

Zu den Ländern, die ihre Handelsbilanz gegenüber der Bundesrepublik verbessern konnten, zählen vor allem die EG-Länder Frankreich, Italien und Dänemark. Ähnliches gilt für die Ostblockländer und noch deutlicher für die nicht Erdöl produzierenden Entwicklungsländer.

Im Gegensatz dazu hat die Bundesrepublik im Handel mit den USA und den Erdölländern nach einem hohen Defizit im Jahre 1976 jeweils einen Handelsbilanzüberschuß erzielt.

Die deutschen Waren sind durch die Höherbewertung der D-Mark insbesondere gegenüber dem US-Dollar für ausländische Abnehmer erheblich teurer

Außenhandel und Außenbeitrag
zu Preisen von 1970

	1976	1977	1978	1977		1978	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
in Mrd. DM							
Ausfuhr	222,1	230	239,5	112,4	117,5	117	122,5
Waren	182,1	190	197,5	93,8	96	97,5	100
Dienstleistungen	40,0	40	42	18,6	21,5	19,5	23
abzüglich: Einfuhr	197,1	208,5	220,5	99,3	109	107	113,5
Waren	149,3	157,5	167,5	76,3	81	83	84,5
Dienstleistungen	47,8	51	53	23,0	28	24	29
Außenbeitrag	25,0	21,5	19	13,1	8,5	10	9
Waren	32,8	32,5	30	17,5	15	14,5	15,5
Dienstleistungen	- 7,8	-11	-11	- 4,4	- 6,5	- 4,5	- 6,5
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Ausfuhr	11,1	3,5	4	4,9	2,5	4	4,5
Waren	11,8	4	4	6,9	2	4	4
Dienstleistungen	8,0	0,5	5	-3,9	4,5	5	5
abzüglich: Einfuhr	10,6	6	6	4,7	7	7,5	4
Waren	12,3	5,5	6,5	5,0	6	9	4
Dienstleistungen	5,7	7	4	3,9	9,5	3,5	4,5
Quelle: Statistisches Bundesamt und Vorausschätzungen des DIW.							

geworden². Wenn auch damit zu rechnen ist, daß diese Belastung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure im Jahresverlauf 1978 durch den Kostenanstieg im Ausland zum Teil neutralisiert wird, dürfte es angesichts der verhaltenen internationalen Konjunkturentwicklung nur zu einer leichten Exportausweitung kommen. Dabei werden sich regionale Verschiebungen der Schwerpunkte des Ausfuhranstiegs ergeben: Die Ausfuhr in die USA und in die OPEC-Länder dürfte konjunkturell, wenn überhaupt, nur wenig zunehmen, während die europäischen Industrieländer wieder vermehrt Waren aus der Bundesrepublik beziehen werden. Das Ausfuhrvolumen wird im Jahresdurchschnitt 1978 wahrscheinlich um 4 vH, also etwa ebenso schwach wie 1977 steigen.

Bei der Einfuhr haben im Jahresdurchschnitt 1977 hauptsächlich die Bezüge von Fertigwaren zugenommen. Dabei spielte die Verbilligung des Auslandsangebots durch die Aufwertung der D-Mark eine Rolle; im zweiten Halbjahr 1977 lagen die Importpreise deutlich unter dem Vorjahrsniveau. Relativ niedrige Importpreise und die konjunkturpolitischen Maßnahmen werden 1978 dazu beitragen, daß die Einfuhr von Fertigwaren kräftig zunimmt. Die Bezüge von industriellen Vorprodukten dürften sich bei der erwarteten Produktionsausdehnung leicht erhöhen. Im Jahresdurchschnitt wird die reale Einfuhr 1978

wahrscheinlich um reichlich 6 vH zunehmen, also wiederum deutlich stärker als die Ausfuhr.

Der reale Außenbeitrag wird 1978 erneut schrumpfen. In nominaler Rechnung dürfte das Vorjahrsniveau wegen einer leichten Verbesserung der Terms of Trade etwa gehalten werden. Der Leistungsbilanzüberschuß wird bei weiter steigendem Defizit in der Übertragungsbilanz auf 2,5 Mrd. DM zurückgehen.

Finanzpolitik wird die Konjunktur stimulieren

Die restriktive Haushaltsführung im vergangenen Jahr hat wesentlich dazu beigetragen, daß die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsimpulse im Sommer zum Erliegen kamen. Befürchtungen vor Jahresfrist, daß der Anstieg der Ausgaben für den Staatsverbrauch und die öffentlichen Investitionen 1977 abermals hinter der Zunahme des Sozialprodukts zurückbleiben werden³, haben sich bestätigt. Das Umschwenken der Finanzpolitik im Laufe des Jahres 1977 konnte daran nichts ändern. Einem noch immer

² Während die Exportpreise (Durchschnittswerte) im Jahre 1977 gegenüber dem Vorjahr nur um reichlich 1 vH gestiegen sind, hat sich die Ausfuhr, in US-Dollar gerechnet, in diesem Zeitraum um 10 vH verteuert.

³ Vgl. Grundlinien zur Wirtschaftsentwicklung 1977, a. a. O., S. 23.

hohen Einnahmezuwachs (9 vH, 1976: 12,6 vH) standen lediglich Mehrausgaben von 7 vH (1976: 7,2 vH) gegenüber.

Steuereinnahmen des Staates ¹⁾

	1976	1977	1978
in Mrd. DM			
Direkte Steuern	143,8	164	161
Lohnsteuer	80,6	90,5	92
Einkommensteuer	30,9	35,5	35,5
Körperschaftsteuer	11,8	17	17,5
Vermögensteuer	3,9	5	4
Sonstige direkte Steuern	16,5	16,5	12
Indirekte Steuern	138,2	149,5	162
Steuern vom Umsatz	58,5	63	72,5
Gewerbsteuer	20,1	23	24
Tabaksteuer	9,4	10	10
Branntweinsteuer	3,4	3,5	3,5
Mineralölsteuer	18,1	19,5	20
Kfz-Steuer	5,6	6	6
Sonst. indirekte Steuern	23,2	24,5	25,5
Steuern insgesamt	282,0	313,5	322,5
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr			
Direkte Steuern	16,1	14	-2
Lohnsteuer	13,2	12,5	2
Einkommensteuer	10,2	15	0,5
Körperschaftsteuer	17,8	42	3,5
Vermögensteuer	17,4	27	-19
Sonstige direkte Steuern	47,2	-0,5	-28,5
Indirekte Steuern	9,1	8	8
Steuern vom Umsatz	8,1	7,5	15,5
Gewerbsteuer	12,4	15,5	3
Tabaksteuer	5,5	6,5	2
Branntweinsteuer	8,0	10	0
Mineralölsteuer	5,8	6,5	3,5
Kfz-Steuer	6,2	5	3,5
Sonst. indirekte Steuern	14,3	6,5	4
Steuern insgesamt	12,6	11	3
Quelle: Statistisches Bundesamt und Voraus-schätzungen des DIW.			
1) Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.			

Die restriktiven Einflüsse der Staatsfinanzen wurden insbesondere bei denjenigen Ausgaben sichtbar, die direkt die Auslastung des Produktionspotentials beeinflussen. Personalausgaben, laufende Sachkäufe und Investitionen der Gebietskörperschaften haben im vergangenen Jahr nominal um knapp 5 vH, die Verbrauchsaufwendungen der Sozialversicherung um 6 vH zugenommen.

Der Zuwachs der Personalausgaben (6 vH) wurde fast ausschließlich durch die Tarifierhebungen

bestimmt; im Gegensatz zu früheren Jahren spielte die Komponente „Beschäftigungszuwachs“ keine Rolle mehr. Bei den laufenden Staatskäufen ergibt sich preisbereinigt kein nennenswertes Wachstum. Ebenso wenig konnte der Trend rückläufiger Investitionen durchbrochen werden. Abermals ist deutlich geworden, daß eine antizyklische staatliche Investitionstätigkeit kaum zu verwirklichen ist: Neben Versäumnissen in der Planung hat sich insbesondere die mangelnde Einbindung der Gemeinden in eine konjunkturgerechte Haushaltspolitik als Hindernis erwiesen. Auf kommunaler Ebene dominiert immer noch die fiskalische Betrachtungsweise, nämlich die Ausrichtung auf das Ziel des Haushaltsausgleichs.

Dabei sind die finanziellen Voraussetzungen für eine insgesamt expansive Haushaltsführung 1977 relativ günstig gewesen, da die Einnahmen trotz abgeschwächter Wirtschaftsentwicklung kräftig gestiegen sind: Die Steuereingänge erhöhten sich um 11 vH.

Obwohl das Steueränderungsgesetz 1977 den Lohnsteuerzahlern noch im vergangenen Jahr Entlastungen von 2 Mrd. DM brachte, nahm das Lohnsteueraufkommen um über 12 vH zu. Bereinigt um diesen Effekt hätte der Anstieg sogar 14 vH betragen. In der Relation zur Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltsumme (7 vH) wird die — nur kurzfristig durch die Steuerreform 1975 unterbrochene — Dynamik der Lohnsteuer sichtbar; die progressionsbedingte Aufkommenselastizität ist deutlich höher als vorher.

Besonders hohe Einnahmesteigerungen erbrachten die veranlagte Einkommensteuer (15 vH) und die Körperschaftsteuer (42 vH). Die im Zuge der Körperschaftsteuerreform erhöhten Steuersätze haben zu Mehreinnahmen von fast 3 Mrd. DM geführt; gleichzeitig haben die vom Kassenaufkommen beider Steuern abzusetzenden Investitionszulagen abgenommen. Bereinigt von diesen Einflüssen verbleibt für die Einkommen- und Körperschaftsteuer dennoch ein Plus von fast 15 vH, bewirkt durch hohe Abschlußzahlungen aus früheren Veranlagungszeiträumen, aber auch durch schnellere Anpassungen der Vorauszahlungen an die verbesserte Gewinnsituation. Die Steuern vom Umsatz expandierten mit 7,5 vH stärker als die Inlandsnachfrage.

Der Wechsel der Finanzpolitik zu einem expansiven Kurs hat im Spätsommer 1977 in zahlreichen steuerpolitischen Maßnahmen Ausdruck gefunden, die 1978 Einnahmeausfälle von insgesamt 10 Mrd. DM erwarten lassen. Die Steuerrechtsänderungen nach dem Steueränderungsgesetz vom August 1977 und dem Gesetz zur Steuerentlastung und Investi-

tionsförderung (Oktober 1977) haben folgende kas-
senmäßige Wirkungen (in Mrd. DM):

	1977	1978
Steuern vom Umsatz	—	+ 5,20
Lohnsteuer	— 1,90	— 10,10
Veranlagte Einkommensteuer	— 0,10	— 1,50
Körperschaftsteuer	—	— 0,65
Vermögensteuer	—	— 1,35
Grunderwerbsteuer	— 0,50	— 0,60
Gewerbsteuer	—	— 0,85
Lohnsummensteuer	—	— 0,25
	— 2,50	— 10,10

Die Staatseinnahmen werden deshalb 1978 nur um 4,5 vH steigen, die Steuereinnahmen allein um 3 vH. Die Lohnsteuerzahler werden 1978 erheblich entlastet, so daß das Aufkommen an Lohnsteuer das Vorjahrsniveau nur unwesentlich überschreiten dürfte (2 vH). Bezieht man das Kindergeld, das in diesem Jahr um 1,8 Mrd. DM erhöht wird, in die Betrachtung ein, dann beträgt die Lohnsteuerbelastungsquote der Arbeitnehmer 1978 13,9 vH (1977: 14,7 vH; 1973: 14,3 vH).

Bei der Einkommensteuer kommt es 1978 neben den geplanten Steuererleichterungen zu weiteren Mindereinnahmen (2,5 Mrd. DM), weil nach der Reform der Körperschaftsteuer die Steuerschuld auf ausgeschüttete Gewinne in diesem Jahr erstmals mit der Einkommensteuerschuld verrechnet wird. Nennenswerte Mehreinnahmen sind deshalb kaum zu erwarten. Der leichte Anstieg beim Körperschaftsteueraufkommen (3,5 vH) resultiert im wesentlichen daraus, daß kaum noch Auszahlungen nach dem Investitionszulagengesetz fällig werden.

Die indirekten Steuern werden 1978 kräftig — um 8 vH — zunehmen, die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer allein um über 15 vH.

Ob und in welchem Ausmaß von den Staatsausgaben 1978 belebende Einflüsse auf die Gesamtwirtschaft ausgehen, wird letztlich vom Verhalten der Länder und Gemeinden abhängen. Zwar wurden die Weichen für einen finanzpolitischen Kurswechsel von der Bundesregierung gestellt und im Bundeshaushaltsplan 1978 dokumentiert (Ausgabenanstieg: 10 vH), doch liegt das Schwergewicht jener Ausgaben, die unmittelbar das Produktionspotential beanspruchen, im Kompetenzbereich von Ländern und Gemeinden. Es ist wenig wahrscheinlich, daß

auch diese einen — konjunkturpolitisch wünschenswerten — zweistelligen Ausgabenzuwachs realisieren werden. Die Planungen der Länder deuten auf einen Anstieg der direkt nachfragewirksamen Ausgaben um 8 vH hin, die geplanten Mehraufwendungen der Gemeinden dürften noch unter dieser Rate liegen.

Bei den Personalausgaben ist mit einer Zunahme von 8 vH zu rechnen, wenn sich die Tarifabschlüsse im Rahmen der letzten Jahre halten und die Beschäftigung — nach der Stagnation von 1977 — in diesem Jahr wieder deutlich steigt. Aus den Haushaltsansätzen läßt sich ein Zuwachs der Beschäftigtenzahl von 2 vH ableiten. In der gleichen Größenordnung wie die Personalausgaben dürften die laufenden Sachaufwendungen der Gebietskörperschaften zunehmen. Bei den öffentlichen Investitionen ist insbesondere wegen des Wirksamwerdens des Programms für Zukunftsinvestitionen mit einem kräftigeren Anstieg (9,5 vH) zu rechnen. Voraussetzung hierfür ist, daß keine kompensatorischen Kürzungen in den Kernhaushalten vorgenommen werden. Wünschenswert wäre sicherlich ein noch höheres Investitionsvolumen, doch engen institutionelle und administrative Hemmnisse die Möglichkeiten ein, kurzfristig das Niveau der Investitionen kräftig anzuheben.

Bei der Sozialversicherung schwächt sich der Ausgabenanstieg im laufenden Jahr weiter ab. 1978 wird die Entwicklung vor allem durch die Geldleistungen beeinflusst, die wegen der Verschiebung der Rentenanpassung vom 1. 7. 78 auf den 1. 1. 79 im zweiten Halbjahr nur noch geringfügig höher sein werden als im Vorjahr. Die Jahreszuwachsrate bei den gesamten Einkommensübertragungen an private Haushalte werden deshalb von 10 vH im ersten Halbjahr auf 4 vH im zweiten Halbjahr zurückgehen.

Die Sachausgaben werden dagegen wieder etwas stärker steigen, nachdem durch die Diskussion über die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen und die Einführung des Kostendämpfungsgesetzes (1. 7. 77) der Anstieg des „Staatsverbrauchs“ der Sozialversicherung außergewöhnlich verlangsamt worden war.

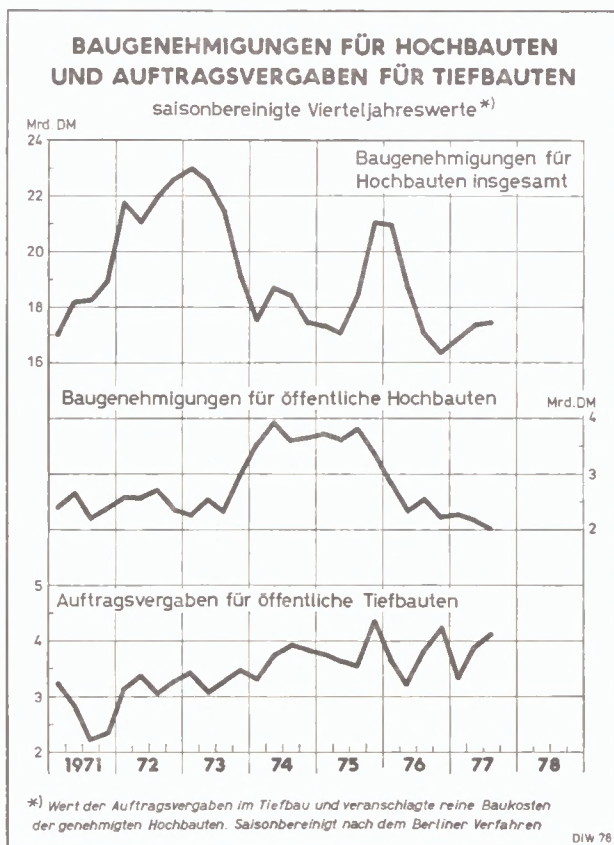
Da im Zuge der abgeschwächten Lohnentwicklung auch die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung weniger zunehmen als im Vorjahr, vermindert sich das Finanzierungsdefizit (1978: 6 Mrd. DM) nur unwesentlich. Bei den Gebietskörperschaften führt die Umorientierung der Finanzpolitik zu einer kräftigen Erhöhung des Finanzierungsdefizits auf 44 Mrd. DM, nachdem dieses im vergangenen Jahr um 15 Mrd. DM auf 27,5 Mrd. DM reduziert worden war.

1) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.- 2) Summe aller Einnahmen ohne Bruttokreditaufnahme, Darlehensrückflüsse und Entnahmen aus Rücklagen abzüglich Summe aller Ausgaben ohne Tilgung von Krediten, Gewährung von Darlehen und Zuführung zu Rücklagen.

Verstärkt steigende Bauinvestitionen

Von der Ausweitung der öffentlichen Investitionen wird 1978 vor allem die Bauwirtschaft profitieren. Im vergangenen Jahr haben die realen Bauinvestitionen insgesamt nur um 2,5 vH zugenommen: Die Modernisierungsinvestitionen, die Beschäftigung insbesondere für das Ausbaugewerbe bringen, sind noch erheblich gestiegen, während die Rohbauproduktion zurückging. Diese Abschwächung der Bauproduktion war insbesondere dadurch bedingt, daß von früheren Konjunkturprogrammen kaum noch Impulse auf Wohnungs- und Wirtschaftsbau ausgingen und die öffentlichen Investitionen sich weiter verringerten.

Für 1978 zeichnet sich eine Tendenzumkehr bei öffentlichen Bauten ab. Begünstigt wird hier insbesondere der Tiefbau. Für den öffentlichen Hochbau ist hingegen keine Belebung, eher sogar ein Rückgang zu erwarten. Insgesamt dürften die realen öffentlichen Investitionen 1978 um 4 bis 5 vH steigen.



Ein weiterer Zuwachs wird sich auch bei den Wirtschaftsbauten ergeben; er wird aber etwas kleiner sein als 1977. Daß es nach der Abwicklung vieler Projekte, die aufgrund früherer konjunkturpolitischer Maßnahmen, insbesondere der Investitionszulage, vorgezogen worden waren, überhaupt

zu einem Anstieg der Investitionen kommen wird, ist dem mittelfristigen Investitionsprogramm zu verdanken. Es sieht vor allem mehr Investitionsmittel in den Bereichen Energiewirtschaft und Verkehr vor.

Im Wohnungsbau wird die Expansion von der Produktion von Ein- und Zweifamilienhäusern sowie sonstigen Eigenheimen getragen werden; im Mietwohnungsbau wird indes auch das schon erreichte niedrige Niveau der Neubautätigkeit kaum gehalten werden können. Allerdings spielen hier wie auch bei den Eigenheimen Modernisierungsinvestitionen weiterhin eine erhebliche Rolle, zumal die Mietwohnungsunternehmen reichlich über liquide Mittel verfügen. Zusätzliche Impulse, die wiederum die Beschäftigung des Ausbaugewerbes und seiner Zulieferbereiche begünstigten, hätten sich ergeben, wenn das Programm zur Förderung heizenergiesparender Investitionen bald verabschiedet worden wäre. Bedauerlicherweise ist es zunächst am Einspruch eines Bundeslandes gescheitert. Insgesamt werden die realen Wohnungsbauinvestitionen im Durchschnitt dieses Jahres um 2 bis 3 vH höher sein als 1977.

Belebung der Ausrüstungsinvestitionen

Die realen Ausrüstungsinvestitionen sind im vergangenen Jahr nur um etwa 4 vH und damit weniger als erwartet gestiegen. Aufgrund der Investitionszulage waren sehr viele Vorhaben in das Jahr 1976 vorgezogen worden, so daß bei den Unternehmen ein Mangel an realisierungsfähigen Projekten bestanden hat. Ein anderer Teil der Ausfälle geht auf Verzögerungen in der Durchführung projektierter und teilweise sogar schon begonnener Vorhaben, vor allem im Energiesektor, zurück. Schließlich dürften auch die 1977 unsicherer gewordene allgemeine konjunkturelle Situation und der enttäuschende Verlauf der Auslandsnachfrage zur Zurückhaltung bei den Investoren geführt haben.

Die konjunkturellen Rahmenbedingungen werden sich 1978 im ganzen gesehen kaum entscheidend verbessern. Mit der Dollarkrise haben sich die außenwirtschaftlichen Risiken eher noch vergrößert. Auf der anderen Seite könnte sich durch den Abschluß gerichtlicher Einspruchsverfahren gegen Investitionsprojekte eine leichte Belebung dadurch ergeben, daß diese Projekte nun fortgeführt oder in Angriff genommen werden können. Hinzu kommt, daß mit Mitteln aus dem mittelfristigen Investitionsprogramm zu einem nicht unbeträchtlichen Teil Ausrüstungsinvestitionen gefördert werden.

Die Wahrscheinlichkeit, daß es zu einem Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen kommt, wird durch Ergebnisse von Investorenbefragungen und durch

Anlageinvestitionen

	1976	1977	1978	1977		1978	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
Absolute Werte							
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)							
Bauten	141,5	151,5	165,5	69,3	82	75	90,5
Staat	36,2	36,5	40	16,5	20	18	22
Wohnbauten	65,3	70,5	76,5	31,5	39	34	43
Wirtschaftsbauten	40,0	44,5	49	21,4	23	23,5	25,5
Ausrüstungen	91,4	98,5	107	46,4	52	50,5	56,5
Anlageinvestitionen insgesamt	232,9	249,5	272,5	115,7	134	125,5	147
Staat	39,8	40,5	44	17,9	22,5	19,5	24,5
Unternehmen	193,1	209	228,5	97,8	111,5	106	122
Zu Preisen von 1970 (Mrd. DM)							
Bauten	103,9	106,5	110,5	49,6	57	51	59,5
Staat	27,4	26,5	28	12,2	14,5	12,5	15,5
Wohnbauten	45,7	47	48,5	21,3	26	21,5	26,5
Wirtschaftsbauten	30,9	33	34,5	16,1	16,5	16,5	17,5
Ausrüstungen	69,8	72,5	76,5	34,4	38	36,5	40
Anlageinvestitionen insgesamt	173,7	179	187	84,1	95	87,5	100
Staat	30,1	29,5	30,5	13,3	16	13,5	17
Unternehmen	143,6	150	156,5	70,8	79	73,5	83
Preisentwicklung (1970 = 100)							
Bauten	136,1	142	150	139,6	144	147,5	152
Staat	132,1	136,5	143,5	134,8	138	141	145
Wohnbauten	143,0	150	159	147,4	151,5	156	161
Wirtschaftsbauten	129,4	135	142,5	133,0	137	140,5	144
Ausrüstungen	131,0	135,5	139,5	134,9	136	139	140,5
Anlageinvestitionen insgesamt	134,1	139,5	145,5	137,7	140,5	144	147
Staat	132,2	137	144,5	135,2	139	142	146
Unternehmen	134,4	139,5	146	138,2	141	144	147,5
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Zu jeweiligen Preisen							
Bauten	7,0	7	9,5	8,8	4,5	8	10,5
Staat	-1,0	1	10	1,8	0	8	11
Wohnbauten	10,3	8	8,5	9,5	7	8	9,5
Wirtschaftsbauten	9,5	10,5	10,5	13,8	8	9	11,5
Ausrüstungen	11,1	7,5	9	8,3	7	9	9
Anlageinvestitionen insgesamt	8,5	7	9	8,6	6	8,5	10
Staat	-1,2	1,5	9,5	2,0	1	8,5	10,5
Unternehmen	10,8	8,5	9	9,9	7	8,5	9,5
Zu Preisen von 1970							
Bauten	3,7	2,5	3,5	4,8	1	2,5	4,5
Staat	-3,5	-2,5	4,5	-1,2	-3,5	3,5	5,5
Wohnbauten	6,7	3	2,5	5,0	2	2	3
Wirtschaftsbauten	6,2	6	4,5	9,6	3	3	6
Ausrüstungen	7,2	4	5,5	4,3	3,5	5,5	5,5
Anlageinvestitionen insgesamt	5,0	3	4,5	4,6	2	4	5
Staat	-3,9	-2,5	4	-1,4	-3	3,5	4,5
Unternehmen	7,1	4,5	4,5	5,8	3	4	5
Preisentwicklung (1970 = 100)							
Bauten	3,2	4,5	5,5	3,9	4,5	5,5	5,5
Staat	2,6	3,5	5	3,0	3,5	4,5	5
Wohnbauten	3,4	4,5	6	4,3	5	6	6
Wirtschaftsbauten	3,2	4,5	5,5	3,8	5	5,5	5,5
Ausrüstungen	3,6	3,5	3,5	3,8	3	3	3,5
Anlageinvestitionen insgesamt	3,3	4	4,5	3,8	4	4,5	4,5
Staat	2,8	4	5	3,5	4	5	5,5
Unternehmen	3,4	4	4,5	3,9	4	4,5	4,5

Quelle: Statistisches Bundesamt und Vorausschätzungen des DIW.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

	1976	1977	1978	1977		1978	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
in Mrd. DM							
Nettolohn- und -gehaltsumme	359,8	381	406	186,0	195	200,5	206
Entnommene Gewinne u.Vermögenseinkommen	200,9	213,5	235	93,3	120,5	101,5	133,5
Empfangene laufende Übertragungen	195,6	212	227	103,1	109	113	113,5
abzügl.: Zinsen auf Konsumentenschulden	8,0	9	9,5	4,3	4,5	5	5
Geleistete lfd.Übertragungen 1)	22,9	24	25	10,8	13	11,5	13,5
Verfügbares Einkommen	725,5	773,5	833,5	367,3	406,5	399	434,5
Privater Verbrauch	621,9	665	713,5	315,9	349	341,5	372
Ersparnis	103,6	108,5	120	51,3	57	57,5	62,5
Finanzierungssaldo	92,8	97	104	46,2	51	50	54
Saldo der Vermögensübertragungen	10,8	11,5	16	5,2	6,5	7,5	8,5
Nachrichtlich:							
Sparquote in vH 2)	14,3	14	14,5	14,0	14	14,5	14,5
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Nettolohn- und -gehaltsumme	3,8	6	6,5	5,9	6	7,5	5,5
Entnommene Gewinne u.Vermögenseinkommen	10,9	6,5	10	6,6	6	9	11
Empfangene laufende Übertragungen	7,0	8,5	7	7,9	9	9,5	4,5
Verfügbares Einkommen	6,4	6,5	7,5	6,6	6,5	8,5	7
Privater Verbrauch	8,2	7	7,5	6,5	7,5	8	6,5
Ersparnis	-3,5	4,5	10,5	7,1	2,5	12	9,5
Quelle: Statistisches Bundesamt und Vorausschätzungen des DIW.							
1) Nichtzurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.a., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen.-							
2) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens.							

die Auftragsentwicklung der letzten Zeit im Investitionsgütersektor gestützt. Die Inlandsaufträge haben hier von Juni bis November dem Volumen nach um ein Fünftel zugenommen. Allerdings haben hier Sonderfaktoren eine Rolle gespielt, die diesen Anstieg in seiner Bedeutung für die Ausrüstungsinvestitionen relativieren. Mit dem hier prognostizierten Zuwachs der realen Ausrüstungen von insgesamt 5 bis 6 vH wird aber weder die erwünschte konjunkturfördernde (Nachfrage-)Wirkung noch die mittelfristig erforderliche Erhöhung der Zahl der Arbeitsplätze erreicht werden.

Privater Verbrauch stützt Konjunktur weiterhin

Konjunkturstützend wirkt sich die mit dem Kurswechsel der Finanzpolitik beschlossene Steuerentlastung über die Entwicklung des privaten Verbrauchs aus. Ohne diese Maßnahme könnte für 1978 nur mit einer geringen Expansion der realen Verbrauchsaufwendungen gerechnet werden: In diesem Jahr werden sehr viel weniger Mittel aus Prämien-

sparverträgen frei; allerdings kann noch ein Teil der 1977 frei gewordenen Mittel aus dieser Quelle für den Verbrauch verwendet werden. Nach der aufgeschobenen Anpassung der Altersrenten steigen die Übertragungseinkommen nur stark abgeschwächt.

Die Steuersenkungen werden demgegenüber bewirken, daß die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer nicht wie üblich erheblich schwächer zunehmen als die Bruttolöhne und -gehälter, sondern sogar etwas stärker. Die Arbeitnehmer werden also über zusätzliche Kaufkraft verfügen, die nicht gleichzeitig als zusätzliche Kostenbelastung bei Unternehmen zu Buche schlägt und dort die Ausgabenbereitschaft bzw. -fähigkeit beeinträchtigt.

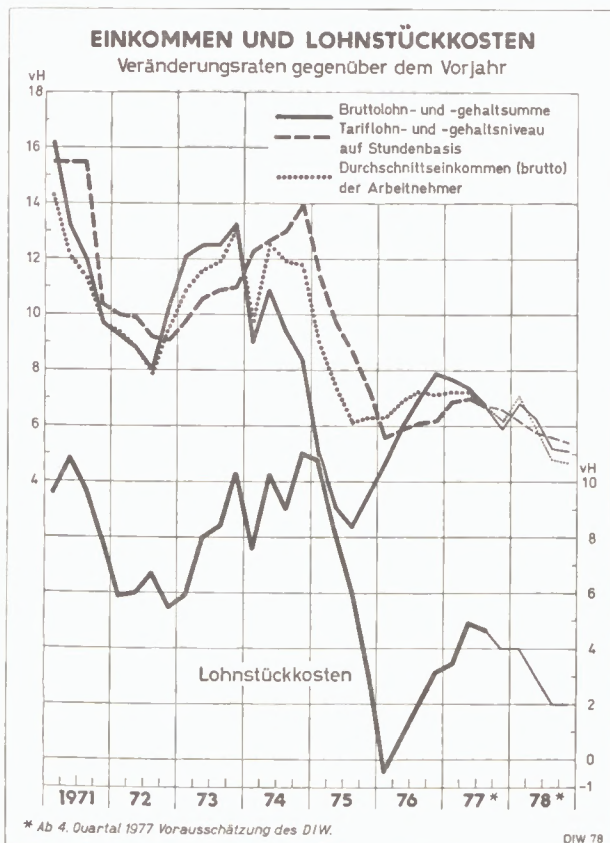
Im Rahmen der vorausgeschätzten Brutto-Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer, die auf tariflichen Verbesserungen von durchschnittlich 5 bis 6 vH aufbaut — bei fast unveränderter Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer —, bedeutet dies für die Bruttolohn- und -gehaltsumme einen Anstieg von rund 6 vH. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wird insgesamt um rund 7,5 vH zunehmen.

Privater Verbrauch

	1976	1977	1978	1977		1978	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
Absolute Werte							
Zu jeweiligen Preisen (Mrd.DM)							
Privater Verbrauch	621,9	665	713,5	315,9	349	341,5	372
Waren	422,7	452	484,5	212,6	239,5	230,5	254,5
Dienstleistungen	199,3	213	228,5	103,3	110	111,5	117,5
Zu Preisen von 1970 (Mrd.DM)							
Privater Verbrauch	439,4	452,5	467	217,0	235,5	225,5	242
Waren	302,3	311,5	322,5	147,0	164,5	153,5	169
Dienstleistungen	137,1	141	144,5	69,9	71	72	72,5
Preisentwicklung (1970 = 100)							
Privater Verbrauch	141,6	147	152,5	145,6	148,5	151,5	154
Waren	139,8	145	150	144,6	145,5	150	150,5
Dienstleistungen	145,4	151,5	158	147,7	155	155	161,5
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Zu jeweiligen Preisen							
Privater Verbrauch	8,2	7	7,5	6,5	7,5	8	6,5
Waren	8,5	7	7,5	6,3	7,5	8,5	6,5
Dienstleistungen	7,8	7	7,5	7,1	7	7,5	7
Zu Preisen von 1970							
Privater Verbrauch	3,6	3	3	2,5	3,5	4	2,5
Waren	3,8	3	3,5	2,4	3,5	4,5	3
Dienstleistungen	3,2	3	2,5	2,9	2,5	3	2,5
Preisentwicklung (1970 = 100)							
Privater Verbrauch	4,4	4	4	3,9	4	4	3,5
Waren	4,5	3,5	3,5	3,8	3,5	4	3,5
Dienstleistungen	4,4	4	4,5	4,1	4	5	4,5

Quelle: Statistisches Bundesamt und Berechnungen bzw. Vorausschätzungen des DIW.

Quelle: Statistisches Bundesamt und Berechnungen bzw. Vorausschätzungen des DIW.



Allerdings wird sich für die privaten Haushalte die Senkung der direkten Steuern nicht voll als reale Verbesserung des Lebensstandards niederschlagen, denn am 1. Januar dieses Jahres trat die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes um einen Prozentpunkt in Kraft. Auf die Verbraucherpreise wirkt sich diese Erhöhung rechnerisch mit 0,7 vH aus, doch muß es bei dem anhaltend starken Wettbewerb der Anbieter, insbesondere bei dauerhaften Konsumgütern, offenbleiben, ob diesen eine volle Überwälzung der erhöhten Steuerlast gelingt. Unabhängig davon darf bei einer im ganzen wohl nicht stark veränderten Sparneigung der Haushalte mit einem Anstieg des realen privaten Verbrauchs um rund 3 vH gerechnet werden. Langlebige Güter, z. B. der Wohnungsausstattung, wie auch Reiseaufwendungen werden auch in diesem Jahr im Vordergrund des Verbraucherinteresses stehen. Dagegen ist die Zahl der Zulassungen von Kraftfahrzeugen für private Haushalte inzwischen auf ein derartig hohes Niveau gestiegen, daß von diesem Sektor kaum noch zusätzliche Impulse zu erwarten sind.

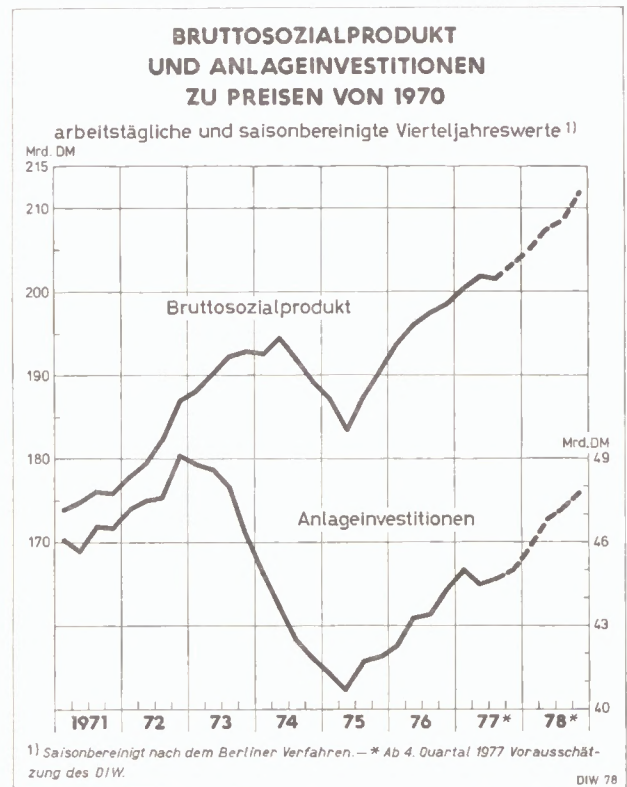
Verwendung des Bruttosozialprodukts
zu jeweiligen Preisen

	1976	1977	1978	1977		1978	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
in Mrd. DM							
Privater Verbrauch	621,9	665	713,5	315,9	349	341,5	372
Staatsverbrauch	228,6	241,5	260	110,8	131	119	141
Bruttoinvestitionen	246,3	267,5	290,5	125,3	142	137	153,5
Anlageinvestitionen	232,9	249,5	272,5	115,7	134	125,5	147
Vorratsveränderung	13,4	18	18	9,6	8,5	11,5	6,5
Güterverwendung im Inland	1096,8	1174	1264	552,1	622	597,5	666,5
Ausfuhr	310,4	326,5	344	159,2	167,5	167	177
Güterverwendung insgesamt	1407,2	1501	1608	711,3	789,5	764,5	843
Einfuhr	282,3	302	319,5	145,7	156,5	153,5	165,5
Bruttosozialprodukt	1124,9	1198,5	1288,5	565,6	633	611	677,5
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	8,2	7	7,5	6,5	7,5	8	6,5
Staatsverbrauch	5,8	5,5	7,5	4,7	6,5	7	8
Bruttoinvestitionen	16,6	8,5	8,5	9,9	7,5	9,5	8
dar.: Anlageinvestitionen	8,5	7	9	8,6	6	8,5	10
Güterverwendung im Inland	9,5	7	7,5	6,9	7	8	7
Ausfuhr	14,1	5	5,5	7,0	3,5	5	5,5
Güterverwendung insgesamt	10,5	6,5	7	6,9	6,5	7,5	7
Einfuhr	16,3	7	5,5	8,5	5,5	5,5	6
Bruttosozialprodukt	9,1	6,5	7,5	6,5	6,5	8	7
Quelle: Statistisches Bundesamt und Vorausschätzungen des DIW.							

Mäßige Steigerung des Sozialprodukts bei stagnierender Beschäftigung

Aus dieser Entwicklung der einzelnen Komponenten der realen Gesamtnachfrage errechnet sich für 1978 lediglich ein mäßiger Anstieg des realen Bruttosozialprodukts um rund 3 vH. Für eine stärkere Steigerung fehlt vor allem die Mitwirkung der Nachfrage des Auslands und der Lagerinvestitionen. Die Lagerbildung dürfte bei noch immer als zu hoch empfundenen Fertigwarenlägern der Produzenten und des Handels allenfalls die Größe des vergangenen Jahres erreichen, also keinen Wachstumsbeitrag leisten.

Bei der Wertung des erwarteten Anstiegs des Sozialprodukts, der damit nur geringfügig größer ausfallen wird als 1977, ist das niedrige Ausgangsniveau am Jahresende 1977 zu berücksichtigen: Im vierten Quartal 1977 hat das reale Sozialprodukt seinen Vorjahrsstand nur um etwa 2 vH übertroffen; der „Überhang“, der die Zuwachsrate im folgenden Jahre positiv beeinflusst, war mit 0,5 vH sehr gering. Für die Entwicklung im Verlauf des Jahres 1978 wird in der Prognose mit einer sich verstärkenden Aufwärtsbewegung gerechnet; arbeitstäglich und sai-



Verwendung des Bruttosozialprodukts
zu Preisen von 1970

	1976	1977	1978	1977		1978	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
in Mrd. DM							
Privater Verbrauch	439,4	452,5	467	217,0	235,5	225,5	242
Staatsverbrauch	141,6	143	147,5	68,7	74,5	70,5	77
Bruttoinvestitionen	183,1	191,5	199,5	90,8	101	95,5	104
Anlageinvestitionen	173,7	179	187	84,1	95	87,5	100
Vorratsveränderung	9,4	12,5	12,5	6,7	5,5	8	4,5
Güterverwendung im Inland	764,1	787	814	376,4	410,5	391	422,5
Ausfuhr	222,1	230	239,5	112,4	117,5	117	122,5
Güterverwendung insgesamt	986,2	1017	1053,5	488,8	528,5	508	545,5
Einfuhr	197,1	208,5	220,5	99,3	109	107	113,5
Bruttosozialprodukt	789,1	808,5	833	389,5	419	401	431,5
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	3,6	3	3	2,5	3,5	4	2,5
Staatsverbrauch	2,4	1	3	0,0	2	3	3,5
Bruttoinvestitionen	12,5	4,5	4	6,0	3,5	5	3
dar.: Anlageinvestitionen	5,0	3	4,5	4,6	2	4	5
Güterverwendung im Inland	5,4	3	3,5	2,9	3	4	3
Ausfuhr	11,1	3,5	4	4,9	2,5	4	4,5
Güterverwendung insgesamt	6,6	3	3,5	3,3	3	4	3
Einfuhr	10,6	6	6	4,7	7	7,5	4
Bruttosozialprodukt	5,7	2,5	3	3,0	2	3	3
Quelle: Statistisches Bundesamt und Vorausschätzungen des DIW.							

Arbeitsvolumen und Produktivität, real

	1976	1977	1978
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr			
Arbeitsvolumen	0,1	-1,5	-1
Erwerbstätige im Inland	-0,9	-0,5	-0
Arbeitstage 1)	0,7	-0,5	-0
Tägliche Arbeitszeit	0,3	-0,5	-0,5
Produktivität 2)	5,5	4	4
Bruttoinlandsprodukt	5,6	2,5	3
Nachrichtlich:			
Bruttowertschöpfung			
Land- und Forstwirtschaft	-1,6	1	1
Warenproduzierendes Gewerbe	7,7	2,5	3,5
Handel und Verkehr	5,6	2,5	3,5
Dienstleistungsunternehmen	4,0	3,5	4
Staat	1,4	1	2
Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit und Berechnungen bzw. Vorausschätzungen des DIW.			
1) Veränderung der Arbeitstage zur Hälfte berücksichtigt.- 2) Reales Bruttoinlandsprodukt zu Arbeitsvolumen.			

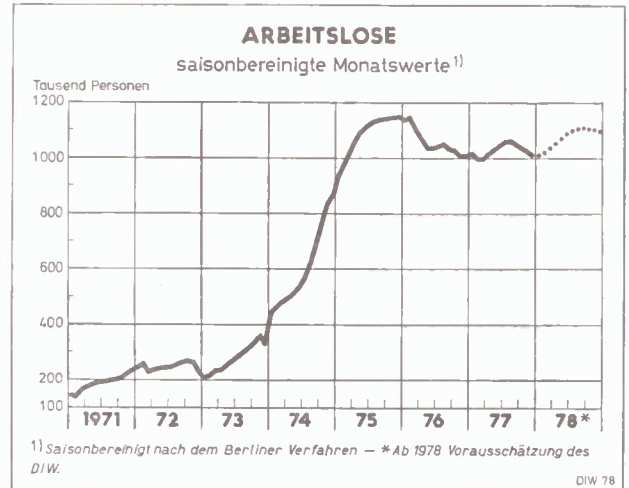
sonbereinigt wird sich der Anstieg von Quartal zu Quartal beschleunigen. Im vierten Quartal 1978 dürfte das entsprechende Vorjahrsniveau — arbeits-täglich bereinigt — wieder um 4 vH überschritten werden.

Allerdings wird die Mehrproduktion im Jahres-durchschnitt ohne eine Vergrößerung der Beschäf-tigtenzahl erzielt werden; das erforderliche Arbeits-volumen wird sogar noch einmal sinken. Da dies aber zum Teil schon durch eine geringere Zahl der 1978 verfügbaren Arbeitstage beschäftigungsneutral möglich sein wird und zudem die individuelle Ar-beitszeit zurückgehen dürfte, sind zumindest keine nennenswerten Einschränkungen in der Gesamtzahl der Beschäftigten zu erwarten. Vor allem gegen Ende dieses Jahres könnte die Zahl der beschäftig-ten Arbeitnehmer sogar wieder leicht zunehmen. Als Bereiche, die ihre Beschäftigtenzahl vergrößern, kommen vor allem der öffentliche Dienst und die privaten Dienstleistungsbereiche in Betracht; in der Bauwirtschaft wird die Zahl der beschäftigten Arbeit-nehmer dagegen mit großer Wahrscheinlichkeit wei-ter zurückgehen.

Eine Besserung der Lage am Arbeitsmarkt ist deshalb nicht zu erwarten, weil die Zahl der neu in das Berufsleben Eintretenden größer ist als die Zahl der aus Alters- und sonstigen Gründen Ausscheidenden. Auch wenn per Saldo ein Teil des zusätzlichen inländischen Erwerbspotentials nicht als arbeitssuchend in Erscheinung treten sollte — der Rückzug in die stille Reserve des Arbeitsmarktes wird weitergehen, die Abwanderung von Ausländern sich abgeschwächt fortsetzen —, zeichnet sich eine Erhöhung der Zahl der Arbeitslosen auf knapp 1,1 Millionen im Jahresdurchschnitt 1978 als wahrscheinlich ab. Die Maßnahmen der wirtschaftspolitischen Instanzen zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit sind damit zwar nicht wirkungslos; sie verhindern jedoch nur eine noch stärkere Zunahme der Zahl der Arbeitslosen, führen aber nicht zu einer Senkung⁴. Auch die Zahl der Kurzarbeiter könnte im Jahresdurchschnitt höher ausfallen als 1977, da die Arbeitsämter vermehrt von der Möglichkeit Gebrauch machen werden, Kurzarbeit zuzulassen oder sogar zu empfehlen.

Industrie: Verhaltendes Wachstum bei kleiner werdendem Kapazitätsspielraum

In der Industrie war vor Jahresfrist die Erwartung eines weiteren kräftigen Produktionsanstiegs damit begründet worden, daß sich im zweiten Halbjahr 1976 die Inlandsaufträge der Wirtschaft bemerkens-



wert gut entwickelt hatten, insbesondere die Bestellungen von Ausrüstungsinvestitionen. Diese Hoffnungen haben sich jedoch nicht erfüllt. Mit dem Jahresbeginn 1977 brach die zuvor deutliche Investitionsbelebung ab. Immerhin ist das Investitionsvolumen des verarbeitenden Gewerbes, das von 1971 bis 1975 Jahr für Jahr abgenommen hatte, 1976 wieder um 1 vH, 1977 um weitere 4 bis 5 vH gewachsen.

⁴ Vgl. Gefahr steigender Arbeitslosigkeit durch die bisherigen Konjunkturprogramme nicht gebannt. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 2 vom 12. Januar 1978.

Arbeitsmarkt¹⁾

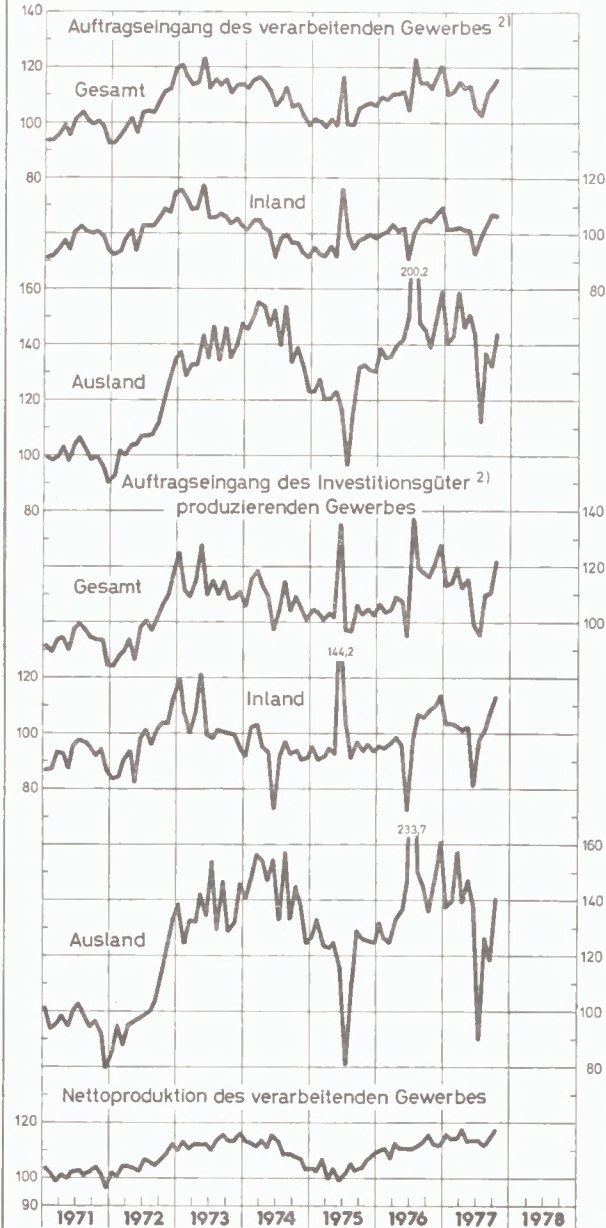
	1976	1977	1978	1977		1978	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
	in 1000 Personen						
Erwerbspersonenpotential	26 149	26 010	25 995	26 010	26 005	25 970	26 015
Erwerbstätige	25 088	24 980	24 925	24 919	25 035	24 830	25 015
Abhängig Beschäftigte	21 288	21 300	21 360	21 218	21 380	21 240	21 470
Selbständige u. mith. Familienang.	3 800	3 680	3 565	3 701	3 655	3 590	3 545
Arbeitslose	1 061	1 030	1 070	1 091	970	1 140	1 000
Nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote in vH	4,7	4,5	5	4,9	4,5	5	4,5
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Erwerbspersonenpotential	- 1,0	- 0,5	- 0	- 0,5	- 0,5	- 0	0
Erwerbstätige	- 0,9	- 0,5	- 0	- 0,2	- 0,5	- 0,5	- 0
Abhängig Beschäftigte	- 0,5	0	0,5	0,3	- 0	0	0,5
Selbständige u. mith. Familienang.	- 3,5	- 3,5	- 3	- 3,4	- 3	- 3	- 3
Veränderung in 1000 Personen gegenüber Vorjahr							
Erwerbstätige	- 235	- 110	- 55	- 61	- 160	- 90	- 20
Arbeitslose 2)	+ 13	+ 31	- 40	+ 78	- 17	- 50	- 30
Ausländer	- 136	- 55	- 25	- 65	- 50	- 30	- 20
Sonstige Erwerbsbevölkerung	- 112	- 75	+ 10	- 74	- 95	- 10	+ 30

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit und Vorausschätzungen des DIW.

1) Inländerkonzept. — 2) Zunahme der Arbeitslosigkeit(-); Abnahme der Arbeitslosigkeit (+).

ENTWICKLUNG DES AUFTRAGSEINGANGS UND DER PRODUKTION IM VERARBEITENDEN GEWERBE

arbeitsmäßige und saisonbereinigte Indizes ¹⁾
1970 = 100



¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren. — ²⁾ Volumenindex.

DIW 78

Die Prognose für 1978 wird durch die nach wie vor unsichere statistische Basis erschwert: Seit der Umstellung der monatlichen Industriestatistik auf die Berichterstattung des produzierenden Gewerbes ist die Vergleichbarkeit der neuen mit den früheren Daten beeinträchtigt. Die vorliegenden Zahlen der Auftragseingänge im zweiten Halbjahr 1977 indizieren eine ganz ähnliche Lage wie ein Jahr zuvor: Die Inlandsaufträge an das Investitionsgüter produzie-

Zuwachsraten der Nettoproduktion ¹⁾ des Bergbaus und des verarbeitenden Gewerbes

Bereich	1976	1977	1978
Bergbau	- 1,8	- 3,5	+ 3
Verarbeitendes Gewerbe	+ 9,0	+ 2,5	+ 3
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	+11,2	0	+ 3
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 8,7	+ 5	+ 4
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 9,2	+ 4	+ 3
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	+ 5,2	+ 1	+ 2
Bergbau und verarb. Gewerbe	+ 8,7	+ 2,5	+ 3

1) 1976 endgültig, 1977 vorläufig, 1978 Schätzung.

rende Gewerbe haben sich seit dem Sommer 1977 spürbar belebt.

Ob es sich dabei wiederum nur um einen Zwischenspurst handelte oder ob es zu einer dauerhaften Belebung der Investitionstätigkeit kommt, ist mit Sicherheit nicht vorherzusagen. Die Überprüfung einiger Argumente hilft jedoch möglicherweise weiter.

Zunächst ist festzustellen, daß 1977 trotz der schwachen Produktionszunahme die Auslastung des Produktionspotentials nochmals um 1,5 vH zunahm; der Auslastungsgrad lag am Ende des Jahres im Durchschnitt aller Industriezweige nur noch um rund 5 vH unterhalb des bisherigen Maximums. Der tatsächliche Kapazitätsspielraum der Industrie ist jedoch eher noch kleiner, weil in einigen Zweigen Kapazitäten brachliegen, deren gewinnbringende Nutzung bei der gegenwärtigen und zukünftigen Preis-Kosten-Relation wahrscheinlich nicht mehr möglich sein wird. Hinzu kommt, daß eine zunehmende Zahl von Industriezweigen ihre Produktionskapazität verringert hat und zum Teil noch weiter verringert⁵.

Bei dieser Sachlage genügt eine nicht einmal besonders kräftige Nachfragebelebung, um die Industrieunternehmen in Zugzwang zu bringen: Verzichteten sie auf eine Ausweitung ihrer Kapazitäten, riskieren sie Kostendruck und Marktanteilsverluste.

In diesem Jahr dürfte das verarbeitende Gewerbe real um 6 bis 8 vH mehr investieren als 1977. Das Investitionsgüter produzierende Gewerbe und das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe werden ihre Investitionsausgaben überdurchschnittlich

⁵ Im Jahre 1976 war bei 11 von 41 Industriezweigen das Produktionspotential nach den Berechnungen des DIW niedriger als 1970.

Verwendung des Bruttosozialprodukts
Preisentwicklung

	1976	1977	1978	1977		1978	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1970 = 100							
Privater Verbrauch	141,6	147	152,5	145,6	148,5	151,5	154
Staatsverbrauch	161,5	169	176,5	161,4	176	168,5	184
Bruttoinvestitionen	134,5	139,5	145,5	138,1	141	144	147,5
dar.: Anlageinvestitionen	134,1	139,5	145,5	137,7	140,5	144	147
Güterverwendung im Inland	143,6	149	155,5	146,7	151,5	152,5	157,5
Ausfuhr	139,8	142	143,5	141,7	142,5	143	144
Güterverwendung insgesamt	142,7	147,5	152,5	145,5	149,5	150,5	154,5
Einfuhr	143,3	145	144,5	146,7	143,5	144	145,5
Bruttosozialprodukt	142,6	148	154,5	145,2	151	152,5	157
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	4,4	4	4	3,9	4	4	3,5
Staatsverbrauch	3,3	4,5	4,5	4,6	4,5	4,5	4,5
Bruttoinvestitionen	3,7	4	4,5	3,7	4	4	4,5
dar.: Anlageinvestitionen	3,3	4	4,5	3,8	4	4,5	4,5
Güterverwendung im Inland	3,9	4	4	3,9	4	4	4
Ausfuhr	2,7	1,5	1	2,0	1,5	1	1,5
Güterverwendung insgesamt	3,6	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5
Einfuhr	5,2	1	-0	3,6	-1	-2	1,5
Bruttosozialprodukt	3,2	4	4,5	3,4	4,5	5	4
Quelle: Statistisches Bundesamt und Vorausschätzungen des DIW.							

erhöhen. Der Investitionsanstieg wird dazu beitragen, daß die Produktionszunahme der Investitionsgüterhersteller in diesem Jahr stärker sein wird als die der übrigen Bereiche. Im Durchschnitt des verarbeitenden Gewerbes wird ein Produktionszuwachs von rund 3 vH erreicht werden. Diese Steigerung wird unter der Voraussetzung individueller Arbeitszeitkürzungen gerade ermöglichen, den gegenwärtigen Beschäftigtenstand zu halten.

Relative Preisstabilität

An der insgesamt ruhigen Preistendenz, die schon das Jahr 1977 gekennzeichnet hat, wird sich 1978 nicht viel ändern. Die industriellen Erzeugerpreise sind seit der Jahresmitte stabil geblieben, der Vorjahrsstand wurde zuletzt nur noch um rund 1,5 vH übertroffen (Jahresanfang 1977: + 4 vH). Diese Abschwächung war in erster Linie Folge von Preissenkungen bei den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, während in der Investitionsgüterindustrie im Vorjahrsvergleich noch ein Preisanstieg von über 3 vH registriert wurde. Bei den Preisen von Verbrauchsgütern war die Jahresveränderungsrate auf der Erzeugerstufe jedoch nur halb so hoch wie auf der Verbraucherstufe.

Das Anstiegstempo der Verbraucherpreise hat sich im Jahresverlauf ständig abgeschwächt: Im letzten Quartal erhöhte sich das Preisniveau hier nur noch mit einer laufenden Jahresrate von rund 1 vH (Vorjahrsvergleich: + 3,7 vH). Dies war nicht allein auf die günstige Preisentwicklung bei den saisonabhängigen Nahrungsmitteln zurückzuführen. Kräftige Rückgänge bei den Importpreisen — Folge der anhaltenden Erhöhung des Außenwertes der D-Mark — wirkten auch in anderen Bereichen preisdämpfend.

Die prognostizierte Zunahme der Lohnstückkosten von rund 3 vH, nach 4 vH im Vorjahr, ermöglicht auch 1978 relative Preisstabilität, und zwar diesmal ohne zusätzlichen Druck auf die Gewinnmargen. Ohne den Effekt der Mehrwertsteuererhöhung würde sich der Preisindex für die Güterverwendung im Inland weiter abgeschwächt (3,5 vH, nach 4 vH im Vorjahr) erhöhen. Beim privaten Verbrauch ist trotz des Mehrwertsteuereffektes mit einem weiterhin geringen Preisauftrieb zu rechnen.

Die Investitionen, vor allem Bauten, werden sich dagegen als Folge der Belebung der Investitionstätigkeit wieder kräftiger verteuern, am spürbarsten Wohnbauten.

Einkommensentstehung und -verteilung

	1976	1977	1978	1977		1978	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
in Mrd. DM							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	625,1	668	707,5	320,3	348	341,5	366
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	114,5	122,5	130	58,9	63,5	63	67
Bruttolohn- und -gehaltsumme	510,6	546	577,5	261,4	284,5	278,5	299
Sozialbeiträge der Arbeitnehmer	67,9	73	78	35,2	38	38	40
Lohnsteuer der Arbeitnehmer	82,8	92	93	40,2	51,5	40	53
Nettolohn- und -gehaltsumme	359,8	381	406	186,0	195	200,5	206
Bruttoeink.aus Untern.tätigkeit u.Vermögen	252,3	263,5	290	116,6	147	128	162,5
Staat	- 7,6	-11,5	-13,5	- 5,9	- 6	- 6,5	- 7
Unternehmen	259,9	275,5	303,5	122,5	153	134,5	169
Abzüge u.ä.	53,8	65	61	31,5	33,5	29,5	31,5
Nettoeink.aus Untern.tätigk.u.Vermögen	206,1	210,5	242,5	91,0	119,5	105	137,5
Entn.Gewinne u.Vermögenseinkommen 1)	193,0	204,5	225,5	89,0	115,5	97	128,5
Nichtentnommene Gewinne	13,2	6	17	2,0	3,5	8	9
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	877,3	931,5	997,5	436,9	495	469,5	528
Abschreibungen	125,7	135	148,5	66,4	69	74,5	74,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	121,9	132	142,5	62,4	69,5	67,5	75
Bruttosozialprodukt	1124,9	1198,5	1288,5	565,6	633	611	677,5
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	7,1	7	6	7,5	6,5	6,5	5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	9,8	7	6	7,4	6,5	7	5,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	6,5	7	6	7,6	6,5	6,5	5
Sozialbeiträge der Arbeitnehmer	13,1	7,5	7	8,2	7	7,5	6
Lohnsteuer der Arbeitnehmer	13,8	11	1,5	15,3	7,5	0	2,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	3,8	6	6,5	5,9	6	7,5	5,5
Bruttoeink.aus Untern.tätigkeit u.Vermögen	15,4	4,5	10	2,7	6	10	10,5
Staat	x	x	x	x	x	x	x
Unternehmen	16,4	6	10,5	4,9	7	10	10,5
Abzüge u.ä.	22,0	20,5	-6	28,2	14,5	-6	-5,5
Nettoeink.aus Untern.tätigk.u.Vermögen	15,1	2	15,5	-1,3	5	15,5	15
Entn.Gewinne u.Vermögenseinkommen 1)	11,0	6	10	6,3	6	9	11
Nichtentnommene Gewinne	x	x	x	x	x	x	x
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	9,3	6	7	6,2	6	7,5	6,5
Abschreibungen	7,4	7,5	10	7,6	7,5	12	8
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	9,2	8	8	7,5	8,5	8	8
Bruttosozialprodukt	9,1	6,5	7,5	6,5	6,5	8	7
Quelle: Statistisches Bundesamt und Vorausschätzungen des DIW.							
1) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.							

Quelle: Statistisches Bundesamt und Vorausschätzungen des DIW.

1) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.

Zahl der Arbeitsplätze sinkt weiter

Um der Vollbeschäftigung in der Bundesrepublik wieder näher zu kommen, wird die Vergrößerung des Arbeitsplatzpotentials im Unternehmensbereich immer dringlicher. Dies zeigen Modellrechnungen des DIW, in denen die Entwicklung des Arbeitsplatzangebots aus den Zugängen und Abgängen an Arbeitsplätzen ermittelt wird. Deutlich wird, daß der Anstieg des durchschnittlichen Kapitaleinsatzes je Arbeitsplatz (Kapitalintensität) vor allem dadurch zustande kommt, daß einerseits Anlagen mit vergleichsweise niedriger Kapitalintensität verschrottet werden, andererseits für einen neuen Arbeitsplatz

mehr als das Vierfache eines verschrotteten Arbeitsplatzes aufgewendet werden muß.

Dabei sind die Verschrottungen weitgehend durch die Investitionsentwicklung früherer Jahre determiniert, obwohl sie in gewissen Grenzen hinausgezögert oder auch vorgezogen werden können, je nachdem, ob die alten Anlagen noch rentabel eingesetzt werden können. In den Berechnungen wurde daher angenommen, daß ein über den Trend hinausgehender Anstieg der Reallöhne zu einer vorzeitigen Verschrottung von dann unrentabel werdenden Anlagen führt. Bei geringem Anstieg der Reallöhne können dagegen Anlagen noch rentabel eingesetzt

Arbeitsplatzdefizit im Unternehmensbereich¹⁾

	Personen in Millionen					
	1973	1974	1975	1976	1977	1978 ³⁾
Arbeitsplätze	23,8	23,5	23,1	22,8	22,5	22,1
Erwerbstätige	22,5	22,0	21,0	20,7	20,5	20,4
Unbesetzte Arbeitsplätze	1,3	1,5	2,1	2,1	2,0	1,7
Bei Normalauslastung (95 vH) besetzbare Arbeitsplätze im Unternehmensbereich	0,1	0,3	0,9	0,9	0,8	0,5
Nicht beschäftigte Erwerbspersonen ²⁾	0,4	0,8	1,5	1,7	1,7	1,8
Arbeitslose	0,3	0,6	1,1	1,1	1,0	1,1
Stille Reserve	0,1	0,2	0,4	0,6	0,7	0,7
Arbeitsplatzdefizit im Unternehmensbereich ¹⁾ bei einer Sockelarbeitslosigkeit von 300 000 Personen	0	0,2	0,3	0,5	0,6	1,0

1) Ohne Wohnungsvermietung. - 2) Berechnungen des IAB. - 3) Vorausschätzung des DIW.

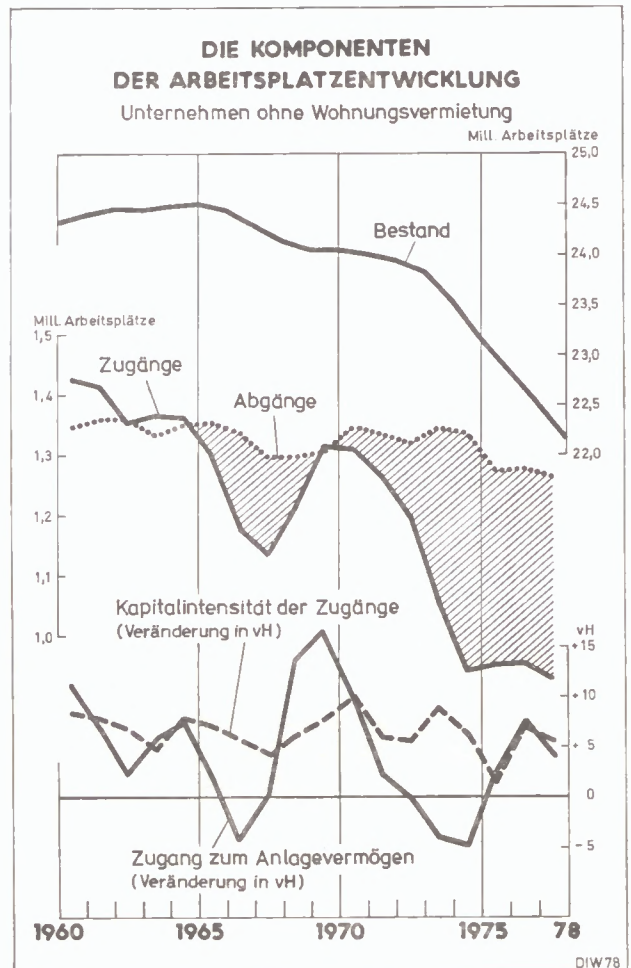
werden, die im Normalfall schon verschrottet worden wären. Weiterhin wird in der Modellrechnung unterstellt, daß sich bei einem — im Vergleich zum Trend — überdurchschnittlichen Reallohnanstieg auch die Kapitalintensität der mit den Investitionen geschaffenen neuen Arbeitsplätze erhöht.

Die Beobachtung der Entwicklung von Zugängen und Abgängen macht die Ursachen für den seit Jahren andauernden Rückgang bei den angebotenen Arbeitsplätzen deutlich: Während die jährlichen Abgänge von Arbeitsplätzen mit nur geringer Änderung eine Größenordnung von 1,3 Millionen hatten, haben sich die Zugänge vor allem in den Jahren 1972 bis 1975 kräftig vermindert. Seitdem haben sie mit etwa 900 000 jährlich ein Niveau, das nicht ausreicht, den Abgang von Arbeitsplätzen zu kompensieren. Die entscheidende Ursache hierfür ist in der schwachen Investitionsentwicklung zu sehen und nicht, wie häufig argumentiert wird, in dem verstärkten Rationalisierungsstreben der Unternehmen. Wenn dennoch Rationalisierungseffekte wirksam werden, liegt das vor allem daran, daß an den stillgelegten Anlagen viermal mehr Arbeitskräfte beschäftigt waren als an neuen Anlagen benötigt werden.

Auch die bei verringertem Reallohnanstieg angenommene verzögerte Stilllegung von Anlagen reicht gegenwärtig nicht aus, die Wirkung des zu niedrigen Niveaus der Investitionen auf die Arbeitsplätze zu kompensieren: Die Investitionen nehmen nicht in dem Umfang zu, der erforderlich wäre, um den Abgang von Arbeitsplätzen zu ersetzen. Insgesamt ist daher für 1978 mit einer weiteren Verminderung der Zahl der Arbeitsplätze — um mehr als 300 000 — zu rechnen.

Bezogen auf den Arbeitsplatz ist zwar auch die Produktionskapazität der neuen Anlagen gestiegen,

aber nicht so rasch, wie die Kapitalintensität. Per Saldo werden deshalb mit den Investitionen immer noch mehr Produktionskapazitäten geschaffen, als durch Verschrottungen aus dem Produktionsprozeß



Arbeitsplatzreserven im Unternehmensbereich
ermittelt auf der Basis von Befragungen in der Industrie

	Okt. bzw. Nov. 1) 76	Normal- auslastg.	Diff. zur Normal- auslastg.
Verarbeitende Industrie			
Kapazitätsauslastung (vH)	82,6	88	-5,4
Besetzung der Arbeitsplätze (vH)	91,1	96,5 ²⁾	-5,4
Unternehmensbereich ohne Wohnungsvermietung			
Beschäftigte Arbeitnehmer (Mill.)	16,9	17,9	-1,0
1) Ergebnisse der Unternehmensbefragung des Ifo-Instituts und des IAB, Ifo-Schnelldienst, Heft 18, 1977, S.21. - 2) Schätzung des DIW.			

ausscheiden. Mit 1 bis 2 vH ist der Zuwachs des Produktionspotentials allerdings deutlich geringer als das für 1978 prognostizierte mäßige Produktionswachstum.

Stellt man dem Angebot an Arbeitsplätzen die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber, so ergibt sich die Zahl der unbesetzten Arbeitsplätze. Auch hier ist 1978 mit einem Rückgang zu rechnen, da sich die Zahl der Erwerbstätigen im Unternehmensbereich mit 120 000 nicht so stark vermindert wie die der Arbeitsplätze. Die für 1978 errechnete Zahl von 1,7 Millionen unbesetzten Arbeitsplätzen ist indes nicht gleichzusetzen mit dem vom Arbeitsplatzangebot her gegebenen Spielraum für eine Beschäftigungserhöhung. Selbst in den Jahren sehr hoher Auslastung des Produktionspotentials sind rund 1,2 Millionen Arbeitsplätze aus Gründen produktionstechnischer Art und wegen des unterschiedlichen Rhythmus der Branchenkonjunkturen unbesetzt geblieben. Die 1978 tatsächlich zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze wird man daher nur mit etwa 500 000 beziffern können⁶.

Für die Vergangenheit wird diese Größenordnung auch durch Unternehmensbefragungen bestätigt, die gemeinsam vom Ifo-Institut, München, und dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg, im November 1976 für die verarbeitende Industrie durchgeführt worden sind. Bei gegebenen Kapazitäten wurden damals zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten in einer Größenordnung von 9 vH der abhängig Beschäftigten ermittelt; demnach waren nur 91 vH der vorhandenen Arbeitsplätze besetzt. In der gleichen Zeit lag die Kapazitätsauslastung mit 83 vH um rund 5 vH unter der Normalauslastung. Überträgt man diese Abweichung auf die Zahl der normalerweise besetzten Arbeitsplätze und bezieht diese Relation auf den gesamten Unternehmensbereich, so erhält man für die unbesetzten

Arbeitsplätze eine Größenordnung, die mit 1 Mill. bemerkenswert wenig von der aufgrund der Modellrechnungen für 1976 ermittelten Zahl von 0,9 Mill. abweicht.

Während noch 1976 die Zahl der unbesetzten Arbeitsplätze ausgereicht hätte, um bei entsprechend hoher Nachfrage rund 1 Mill. Arbeitsuchende zusätzlich zu beschäftigen, ist diese Reserve jetzt auf die Hälfte zurückgegangen. Strategien zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung können somit nicht in dem Umfang wie bisher auf den Bestand an unbesetzten Arbeitsplätzen setzen. Es ist vielmehr zu berücksichtigen, daß im Unternehmensbereich der Überhang an unbesetzten Arbeitsplätzen ständig schrumpft. Die Lösung kann daher nur in einer erheblichen Vergrößerung der Zahl jährlich neu entstehender Arbeitsplätze liegen.

Geldpolitik:

Finanzierung der vergrößerten Staatsdefizite ohne Überforderung der Kapitalmärkte

Die Zunahme des staatlichen Finanzierungsdefizits im Jahre 1978 wird zu beträchtlichen Umschichtungen auf den Geld- und Kapitalmärkten führen; die Zinssenkung wird zum Stillstand kommen, vielleicht sogar durch einen leichten Zinsanstieg abgelöst werden. Die Tabelle „Geldanlagen und Kreditaufnahme . . .“ und die Graphik „Indikatoren für die Geldpolitik“ sollen hiervon ein Bild vermitteln. Sie können allerdings nur über Größenordnungen und Tendenzen informieren, da sie auf zum Teil sehr unsicheren Verhaltenshypothesen und Prämissen basieren:

Die Deutsche Bundesbank will — dem „Verstetigungsprinzip“ folgend — auch 1978 einen geldpolitischen Kurs steuern, der stabilitätspolitisch vertretbar ist, ohne auf die immer noch labile Konjunktur restriktiv zu wirken. Das Geldmengenziel, die für den Jahresdurchschnitt von 1978 anvisierte Expansion der Zentralbankgeldmenge, soll mit 8 vH unter der im Jahre 1977 erreichten Zuwachsrate (9 vH) liegen; sie soll damit größer sein als jene Raten (6 bis 7 vH), die vielfach mit stabilitätspolitischen Argumenten empfohlen werden, faktisch indes einen abrupten Kurswechsel in restriktive Richtung bedeuten würden.

Im Dezember 1977 verfügten die Kreditinstitute über freie Liquiditätsreserven — vor allem in Form von unausgenutzten Rediskontkontingenten — von über 13 Mrd. DM. Diese Reserven reichen an sich aus, um den für 1978 zu erwartenden Mehrbedarf von Banken und Wirtschaft an Zentralbankgeld (7

⁶ Zu dem gleichen Ergebnis kommt der Sachverständigenrat (vgl. Jahresgutachten 1977/78, Ziffer 327).

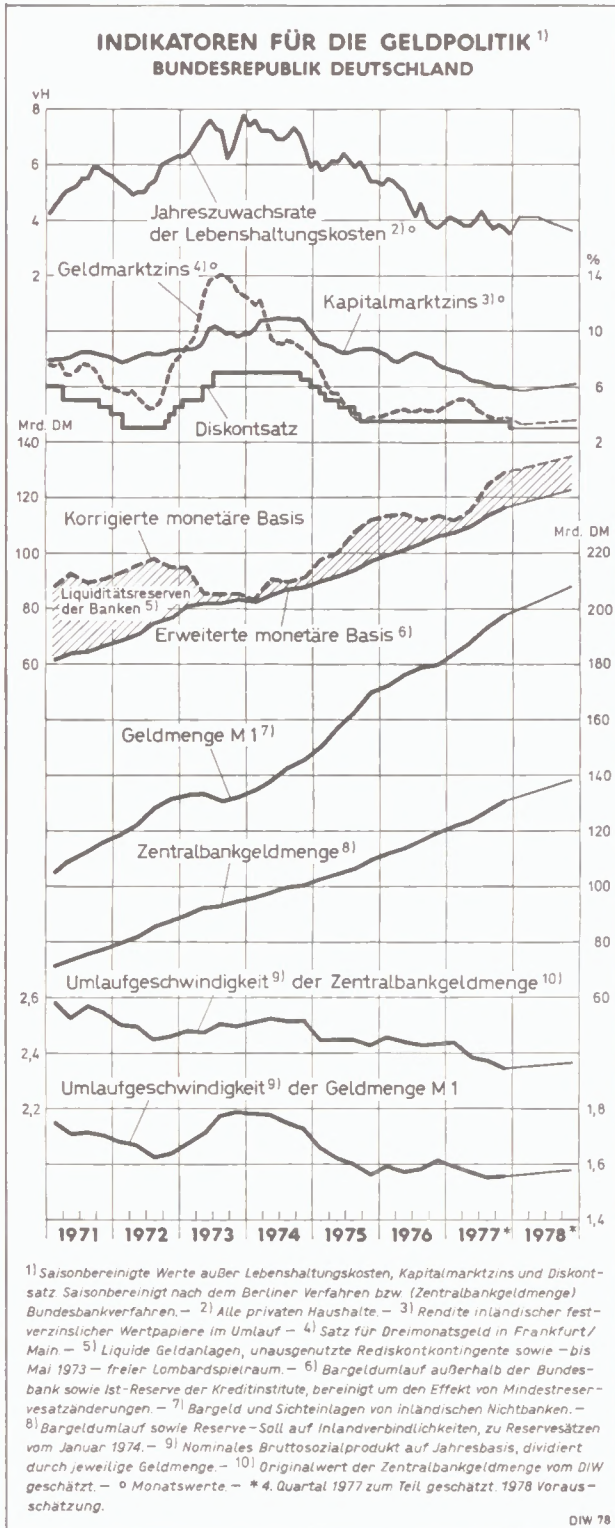
Geldanlagen und Kreditaufnahme der volkswirtschaftlichen Sektoren
in Mrd. DM

	Private Haushalte			Unternehmen ¹⁾			Staat ²⁾			Übrige Welt			Finanzierungs- institute ³⁾		
	1976	1977 ^x	1978 ^x	1976	1977 ^x	1978 ^x	1976	1977 ^x	1978 ^x	1976	1977 ^x	1978 ^x	1976	1977 ^x	1978 ^x
Zunahme der Forderungen															
Kurzfristig an:															
Bundesbank ⁴⁾	3,8	5	5	7,7	4,5	5	-5,3	-1	0	-	-	-	7,0	2,5	3
(Sondereinlagen)	-	-	-	-	-	-	(-3,2)	(-)	(-)	-	-	-	-	-	-
Geldmarkt ⁵⁾	0,7	0	0	-	-	-	-0,5	-1,5	0	-	-	-	-2,8	1	2
Finanzierungsinstitute ⁶⁾	1,8	4	5	2,6	12	5	-3,0	0	1	8,2	2	4	-	-	-
Inländische Sektoren	-	-	-	0,3	0	0	-	-	-	7,8	21	12	11,1	6,5	8
Übrige Welt ⁷⁾	-	-	-	13,2	9	8	0	0	0	-	-	-	1,6	-6	1
Summe	6,3	9	10	23,8	25,5	18	-8,8	-2,5	1	16,0	23	16	16,9	4	14
Längerfristig an:															
Finanzierungsinstitute ⁸⁾	68,2	70	74	16,0	11,5	17	7,7	3	3	4,9	4	4	-	-	-
Inländische Sektoren	-	-	-	-	-	-	0,4	0,5	1	8,9	3	5	100,2	91	95
Übrige Welt	-	-	-	4,3	4	3	0,5	0	0	-	-	-	11,3	12	12
Wertpapiermarkt	20,1	17	19	7,4	1	2	0,7	0	0	5,3	2	2	30,7	42	44
Summe	88,3	87	93	27,7	16,5	22	9,3	3,5	4	19,1	9	11	142,2	145	151
Sonstige Forderungen ⁹⁾	12) 7,1	12) 8	12) 9	9,7	15,5	12	13) 5,2	13) 9	13) 8	-	-	-	-	-	-
Alle Forderungen	101,7	104	112	61,2	57,5	52	5,7	10	13	35,1	32	27	159,1	149	165

Zunahme der Verbindlichkeiten

Kurzfristig gegenüber:																
Bundesbank ¹⁰⁾	-	-	-	-	-	-	1,5	1	1	8,9	10	0	11,0	0	8	
Geldmarkt	-	-	-	-0,5	-0,5	0	-3,8	1	5	-	-	-	-	-	-	
Finanzierungsinstituten	2,8	3,5	4	9,0	3	3	-0,7	0	1	1,6	-6	1	-	-	-	
Inländischen Sektoren	0,3	0	0	-	-	-	-	-	-	13,2	9	8	1,4	16	11	
Übriger Welt ⁷⁾	-	-	-	8,3	21	12	-0,5	0	0	-	-	-	8,2	2	4	
Summe	3,1	3,5	4	16,8	23,5	15	-3,5	2	7	23,7	13	9	20,6	18	23	
Längerfristig gegenüber:																
Finanzierungsinstituten	5,8	3,5	4	63,3	66,5	62	31,1	21	29	11,3	12	12	-	-	-	
Inländischen Sektoren	-	-	-	0,4	0,5	1	-	-	-	4,8	4	3	91,9	84,5	94	
Übriger Welt	-	-	-	4,6	3	4	4,3	0	1	-	-	-	4,9	4	4	
Wertpapiermarkt	-	-	-	6,9	6	6	15,6	21	25	3,2	7	5	32,0	27	32	
Summe	5,8	3,5	4	75,2	76	73	51,0	42	55	19,3	23	20	128,8	115,5	130	
Sonst. Verbindlichkeiten ⁹⁾	-	-	-	¹⁴⁾ 12,3	¹⁴⁾ 17	¹⁴⁾ 17	-	-	-	-	-	-	9,7	15,5	12	
Alle Verbindlichkeiten	8,9	7	8	104,3	116,5	105	47,5	44	62	43,0	36	29	159,1	149	165	
Ersparnis, Investitionen und Finanzierungssaldo																
Ersparnis bzw. Eigenmittel	92,8	97	104	163,2	168	193	-2,0	6	-5	-7,9	-4	-2	-	-	-	
./. Bruttoinvestition	-	-	-	206,3	227	246	39,8	40	44	-	-	-	-	-	-	
Finanzierungssaldo ¹¹⁾	+92,8	+97	+104	-43,1	-59	-53	-41,8	-34	-49	-7,9	-4	-2	-	-	-	

Vorbemerkung: Das hier nicht aufgeführte Konto "Bundesbank" bildet den buchhalterischen Abschluß dieser Rechnung.- 1) Einschl. Wohnungswirtschaft sowie Bundesbahn und -post.- 2) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.- 3) Kreditinstitute (ohne Bundesbank), Bausparkassen und private Versicherungen.- 4) Bargeld und Zentralbankguthaben.- 5) Inländische Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen.- 6) Sichteinlagen.- 7) Bei Unternehmen vor allem Handels- und Finanzkredite.- 8) Überwiegend Termingelder, Spareinlagen und -briefe, durchlaufende Kredite; ferner Geldanlagen bei Bausparkassen und Versicherungen.- 9) Als Rest ermittelt.- 10) Buchkredite, Wechsel- und Lombarkredite.- 11) Zunahme der Forderungen minus Zunahme der Verbindlichkeiten.- 12) Restposten sind vor allem bedingt durch die in der revidierten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfaßten Ansprüche an Unternehmen aus Nettozuführungen zu Rückstellungen für Ruhegeldverpflichtungen und aus zurückgestellten Leistungen bei Lebensversicherungen und Pensionskassen.- 13) Direktkredite (einschl. Vorauszahlungen) an Unternehmen.- 14) Vgl. Anmerkung 12 und 13.- x Voraus-schätzungen des DIW.



führen. Binnen kurzem würden — selbst bei unverändertem Diskontsatz — auch die Zinssätze für Bankkredite und Einlagen unerwünscht stark steigen, die monetäre Expansion ließe nach, und der konjunkturelle Aufschwung würde behindert werden.

Die Annahmen über die Instrumente der Geldmengenpolitik sind — vor allem wegen der Währungsunruhen — sehr unsicher; sie müssen mit erheblichen Vorbehalten versehen werden: Die Bundesbank kauft per Saldo keine Devisen. Dies impliziert, daß sie die Rediskontkontingente aufstocken oder auch Mindestreserven freigeben muß, um eine Zunahme der Zentralbankgeldmenge ohne wesentliche Schmälerung der Liquiditätsreserven zu ermöglichen.

Die von den privaten Haushalten gebildeten Einnahmenüberschüsse (Finanzierungsüberschüsse), denen — insgesamt in gleicher Höhe — Ausgabenüberschüsse (Finanzierungsdefizite) von Unternehmen, Staat und „Übriger Welt“ gegenüberstehen, werden auch 1978 zunehmen. Wie bisher wird der größte Teil längerfristig bei Finanzierungsinstituten und auf dem Wertpapiermarkt angelegt werden.

Der Staat wird 1978 sein — von 34 Mrd. DM auf vermutlich etwa 50 Mrd. DM steigendes — Einnahmendefizit und seine Darlehen an andere Sektoren überwiegend mit längerfristigen Krediten von Finanzierungsinstituten und mit Anleihen finanzieren. Dieser Prognose liegt die Annahme zugrunde, daß die Gemeinden auch 1978 trotz erheblicher Aufstockung ihrer Einlagen bei Banken kaum auf eigene Mittel zurückgreifen werden.

Die staatlichen Konjunkturprogramme werden dazu beitragen, daß sich die finanzielle Situation in der Wirtschaft verbessert. Die eigenen Mittel der Unternehmen werden stärker zunehmen als die Bruttoinvestitionen, so daß der Sektor „Unternehmen“ (der auch die „Wohnungswirtschaft“ umfaßt), mit einem kleineren Finanzierungsdefizit abschließen wird (1977: 59 Mrd. DM; 1978: 53 Mrd. DM). Sofern die Spekulation gegen den Dollar nicht anhält, wird die kurzfristige Kreditaufnahme der Unternehmen im Ausland 1978 nicht so hoch sein wie 1977. Aber auch die längerfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Finanzierungsinstituten werden nicht so stark zunehmen wie im Vorjahr. Die Wohnungswirtschaft wird für sich genommen allerdings mehr Kredite als 1977 in Anspruch nehmen. Ferner ist unterstellt worden, daß trotz der konjunkturellen Belebung immer noch viele Unternehmen ihre Mehreinnahmen nicht (nur) zu Investitionen, sondern (auch) zur Bildung von Termineinlagen — diese werden unter den „längerfristigen“ Anlagen ausgewiesen — verwenden werden.

bis 8 Mrd. DM) zu decken. Die Bundesbank dürfte aber an einer nennenswerten Verminderung der Bankenliquidität nicht interessiert sein. Denn ein Abbau der Liquiditätsreserven der Banken im Umfange des Mehrbedarfs an Zentralbankgeld würde zu einer deutlichen Erhöhung der Geldmarktsätze

Finanzierung der Bruttoinvestitionen der Unternehmen

	1976	1977	1978	1977		1978	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
in Mrd. DM							
Fremdmittel	43,1	59,5	52,5	26,6	32,5	23	29,5
Private Haushalte	92,8	97	104	46,2	51	50	54
Staat	-41,8	-34	-49,5	-15,5	-18,5	-24,5	-25
Obrige Welt	- 7,9	- 4	- 2,5	- 4,1	0	- 2,5	0
Eigenmittel	163,2	167,5	193,5	80,7	87	94,5	99
Abschreibungen	119,4	128,5	141,5	63,1	65	70,5	70,5
Nichtentnommene Gewinne	13,2	6	17	2,0	3,5	8	9
Saldo der Vermögensübertragungen	30,6	33,5	35,5	15,6	18	15,5	19,5
Bruttoinvestitionen	206,3	227	246,5	107,3	119,5	117,5	128,5
Anlageinvestitionen	193,1	209	228,5	97,8	111,5	106	122
Vorratsveränderung	13,2	17,5	18	9,5	8	11,5	6,5
Nachrichtlich:							
Selbstfinanzierungsquote in vH	79,1	74	78,5	75,2	72,5	80,5	77
Veränderung in Mrd.DM gegenüber Vorjahr							
Fremdmittel	+13,5	+16	- 6,5	+11,6	+ 4,5	- 3,5	- 3
Private Haushalte	- 6,9	+ 4	+ 7	+ 3,6	+ 0,5	+ 4	+ 3,5
Staat	+18,5	+ 8	-15,5	+ 7,4	+ 0,5	- 9	- 6,5
Obrige Welt	+ 1,9	+ 4	+ 1,5	+ 0,6	+ 3,5	+ 1,5	- 0
Eigenmittel	+22,6	+ 4,5	+26	- 0,8	+ 5,5	+14	+12
Abschreibungen	+ 8,2	+ 9	+13	+ 4,4	+ 4,5	+ 7,5	+ 5,5
Nichtentnommene Gewinne	+ 7,9	- 7,5	+11,5	- 6,5	- 1	+ 6	+ 5,5
Saldo der Vermögensübertragungen	+ 6,5	+ 3	+ 1,5	+ 1,2	+ 2	+ 0	+ 1,5
Bruttoinvestitionen	+36,0	+20,5	+19,5	+10,8	+10	+10,5	+ 9
Anlageinvestitionen	+18,8	+16	+19	+ 8,8	+ 7,5	+ 8,5	+11
Vorratsveränderung	+17,2	+ 4,5	+ 0,5	+ 2,0	+ 2,5	+ 2	- 2
Quelle: Statistisches Bundesamt und Vorausschätzungen des DIW.							

Die Finanzierungsinstitute werden 1978 ihr Geschäftsvolumen stärker ausweiten als 1977. Sie werden mehr Kredite gewähren und Wertpapiere erwerben als im Vorjahr, da dem Mehrbedarf des Staates an Krediten kein gleichgroßer Minderbedarf des privaten Sektors gegenübersteht. Zur Finanzierung des steigenden Aktivgeschäftes werden die Finanzierungsinstitute vermehrt auf längerfristige Einlagen von Nichtbanken zurückgreifen und mehr Bankschuldverschreibungen emittieren, um dem steigenden Finanzierungsbedarf der Wohnungswirtschaft (Pfandbriefe) und des Staates (Kommunalobligationen) decken zu können. Allerdings dürften — unter den eingangs genannten Voraussetzungen — auch die Verbindlichkeiten der Banken gegenüber der Bundesbank nicht unbeträchtlich zunehmen.

Die Mehrnachfrage nach Krediten, insbesondere der stark steigende Bedarf an langfristigen Mitteln, wird voraussichtlich dazu führen, daß sich im Laufe des Jahres 1978 das Zinsniveau — vor allem auf den Kapitalmärkten — stabilisiert, wenn nicht sogar leicht

erhöht; eine Beeinträchtigung der privaten Investitionsneigung ist jedoch kaum zu erwarten. Das Angebot an Kapitalmarktmitteln (längerfristige Einlagen, Erwerb von Sparbriefen, Anleihen u. ä.) wird zwar weiter zunehmen, die Anleger werden aber voraussichtlich nicht mehr bereit sein, ihr Geld zu noch niedrigeren Zinssätzen längerfristig zu binden: Der Stabilisierungsprozeß wird 1978 vermutlich keine größeren Fortschritte machen. Daß in der Graphik die Steigerungsrate der Lebenshaltungskosten zum Jahresbeginn sogar einen leichten Sprung nach oben aufweist, ist ausschließlich auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer zurückzuführen; dies kann nicht als eine Beschleunigung der Inflation gewertet werden.

Mit der Belebung der Konjunktur und bei einer leichten Erhöhung des Zinsniveaus wird wahrscheinlich auch die Umlaufgeschwindigkeit (der Ausnutzungsgrad) der Geldmenge M1 (Bargeld und Sichteinlagen) im Laufe des Jahres 1978 etwas größer werden: Die Expansion der Geldmenge M1, die sich

aufgrund der Liquiditätsexpansiven Maßnahmen der Bundesbank im Laufe des vorigen Jahres deutlich beschleunigt und damit wieder einmal als ein „Vorreiter“ der Konjunktur erwiesen hat, wird 1978 wegen der steigenden „Opportunitätskosten“ (Zinssätze) etwas nachlassen.

Die Abschwächung der Expansion der Geldmenge M1 wird sich voraussichtlich auch in einer Verminderung der Expansion der Zentralbankgeldmenge, also der geldpolitischen Zielgröße, niederschlagen: Innerhalb des Indikators Zentralbankgeldmenge (Bargeldumlauf außerhalb der Bundesbank plus Reservesoll der Banken) haben der Bargeldumlauf und das Reservesoll auf Sichteinlagen zusammen genommen ein weitaus größeres Gewicht als das Reservesoll auf Termin- und Spareinlagen. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß auch die Umlaufgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge etwas steigt.

Die Umlaufgeschwindigkeit der Geldmenge M1 und die der Zentralbankgeldmenge werden voraussichtlich zwar leicht zunehmen; sie werden aber immer noch sehr viel kleiner sein als in den Jahren 1973 und 1974. Aus der relativ geringen Umlaufgeschwindigkeit darf jedoch nicht geschlossen werden, daß damit ein Liquiditätspotential aufgebaut worden sei, das ohne Schwierigkeiten zur Finanzierung eines inflatorischen Prozesses eingesetzt werden könne. Bei der „reinen“ Potentialbetrachtung wird nämlich nicht berücksichtigt, daß die Ausnutzung dieses Potentials maßgeblich durch die Zinssätze beeinflusst wird. Die starke Steigerung der Umlaufgeschwindigkeit im Jahre 1973 ging Hand in Hand mit einer heftigen Erhöhung der Zinssätze. Diese Zinssteigerung wiederum war die entscheidende Voraussetzung dafür, daß die seit Jahren anhaltende inflatorische Übersteigerung der Ausgaben eingedämmt wurde: Die in den gegenwärtigen Geldbeständen liegende inflatorische Gefahr wird — in Verkennung dieses Zusammenhangs — häufig erheblich überschätzt.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Die konjunkturelle Ausgangslage zu Beginn dieses Jahres zeigt deutlich, wo die Risiken konjunkturpolitischer Fehlsteuerung liegen können. Zuviel Ankurbelung kann es nicht geben; die Gefahr konjunkturpolitischen Versagens liegt allein darin, Mögliches und Notwendiges zu unterlassen. Zwar hat sich in den letzten Jahren gezeigt, daß eine Politik des stop-and-go mehr Probleme schaffen als lösen kann und daß deshalb eine auf mittlere Frist ausgerichtete Wirtschaftspolitik grundsätzlich den Vorzug vor kurzfristig angelegten Maßnahmen verdient. Dies gilt aber nur mit großen Einschränkun-

gen in einer Situation, in der gerade deshalb, weil zuvor die Linie einer mittelfristigen Orientierung verlassen worden war, große Unterauslastung des Produktionspotentials und hohe Arbeitslosigkeit Tatsache geworden sind.

Sprechen schon diese Überlegungen für eine möglichst starke Anregung der Wirtschaft, so sind gegenwärtig außerdem die in den letzten Monaten erheblich vergrößerten Risiken im außenwirtschaftlichen Bereich — Dollarschwäche und zunehmende Neigung zu Handelsprotektionismus — zu berücksichtigen. Inwieweit der Wechselkurs des US-Dollars wieder steigen und damit die Verschlechterung der Wettbewerbssituation der deutschen Wirtschaft zum Teil rückgängig gemacht wird, ist ungewiß. Daß die hier liegende Gefahr von Exporteinbußen nicht mit dem Mittel einer isolierten Interventionspolitik der Deutschen Bundesbank an den Devisenmärkten behoben werden kann, hat die Erfahrung der letzten Wochen ebenfalls gezeigt. Da diese Gefahr selbst durch international abgestimmte Maßnahmen der Notenbanken nicht ausgeschaltet werden kann, sind Exporteinbußen allein durch eine entsprechend verstärkte Anregung der Binnennachfrage wettzumachen. Die wirtschaftspolitischen Instanzen wären gut beraten, wenn sie nicht darauf hofften, das mit dem Dollarkurs verbundene Exportproblem werde sich schon bald wieder entschärfen: Sei es dadurch, daß sich die Schere der Inflationsraten zwischen der Bundesrepublik und den übrigen Ländern weiter öffnet, sei es durch einen Wiederanstieg des Dollarkurses selbst. Vielmehr sollten sie versuchen, das in der vorliegenden Prognose erwartete reale Wachstum als Minimalziel auch unter der Bedingung zu verwirklichen, daß die Entwicklung des Exports in diesem Jahre ungünstiger ausfällt als der Prognose zugrunde gelegt wurde.

Was kann eine solche Forderung aber unter den heutigen wirtschaftspolitischen Ausgangsbedingungen, d. h. auch den im letzten Jahr schon getroffenen Entscheidungen, bedeuten? Der Erhöhung der realen Staatsausgaben sind kurzfristig sicherlich Grenzen gesetzt, und es ist ungewiß, ob überhaupt mit einem weiteren Programm für Staatsinvestitionen höhere Produktions- und Beschäftigungseffekte erreicht werden könnten als bei den gegebenen Haushaltsplanungen. Um so mehr wird man dafür sorgen müssen, daß diese Planungen auf allen Ebenen der Gebietskörperschaften realisiert werden. Das bedeutet auch, administrative Hindernisse schneller als bisher zu beseitigen. Haushaltsreste in Investitionsetats des Staates, wie sie für die letzten Jahre kennzeichnend waren, sollte es am Ende dieses Jahres nicht geben; die Summe solcher Haushaltsreste ist in ihrer Wirkung gleichzusetzen mit einem negativen staatlichen Investitionsprogramm.

Daß die Möglichkeiten zu einer auch kurzfristig kräftigen Steigerung der realen Investitionen heute so begrenzt erscheinen, ist nicht zuletzt Unterlassungen der Vergangenheit zuzuschreiben: Es ist nicht nur darauf verzichtet worden, „Schubladenprojekte“ in ausreichendem Umfang in Reserve zu halten; viele auf dem Papier realisierungsreife Projekte konnten wegen unzureichender Berücksichtigung gesetzlicher Erfordernisse nicht oder nur verzögert in Angriff genommen werden. Auch wenn heute mit einer Aufarbeitung dieses Nachholbedarfs begonnen wird, werden damit für das laufende Jahr nur wenig zusätzliche Produktionsmöglichkeiten geschaffen werden können. Dennoch sollte auf die Deckung dieses Nachholbedarfs nicht verzichtet werden, denn auch 1979 wird aus beschäftigungspolitischen Gründen eine weitere Erhöhung der öffentlichen Investitionen erforderlich sein. Die Möglichkeit und auch Notwendigkeit vermehrter öffentlicher Investitionen besteht grundsätzlich nach wie vor, von einer generellen Bedarfssättigung kann keine Rede sein⁷.

Mehr Nachfrage und mehr Beschäftigung mit Hilfe öffentlicher Mittel läßt sich, das sollte nicht vergessen werden, auch mit einer Aufstockung der Entwicklungshilfe erreichen. Die hierfür international gesteckten Ziele werden von der Bundesrepublik weit unterschritten.

Die vom DIW seit langem geforderte Aufhebung des Einstellungsstopps im öffentlichen Dienst sollte verwirklicht werden. Dafür sprechen nicht nur arbeitsmarktpolitische, d. h. auch soziale Gründe, sondern auch der vielfach ungedeckt gebliebene und dringlicher gewordene Bedarf an öffentlichen Dienstleistungen. Die Warnungen vor einer Kostenlawine unabsehbaren Ausmaßes, die gegen die Befolgung dieser Empfehlung erhoben werden, sind weit überzogen. Sie lassen außer acht, daß die Einhaltung des Prinzips: Personalvermehrung überall da, wo dringender Bedarf besteht, für eine kontrollierte Ausweitung der Zahl der öffentlich Bediensteten sorgen wird, und daß als zusätzliche Kosten der öffentlichen Hand ohnehin nur die Differenz zwischen sonst fälligen Unterstützungszahlungen und den Netto-Aktivbezügen anzusetzen ist. Kopfmäßig könnte der Arbeitsmarkteffekt einer solchen Einstellungspolitik vergrößert werden, wenn auch mit Blick auf die hohe Zahl derjenigen, die Teilzeitarbeit suchen, besonders viele solcher Arbeitsplätze geschaffen würden.

Auf vielfache Kritik gestoßen ist, daß die Bundesbank sich trotz der Überschreitung des Geldmengenziels in den letzten Jahren, auch für 1978 wieder das Ziel einer jahresdurchschnittlichen Erhöhung der Zentralbankgeldmenge um 8 vH gesetzt hat. Diese Kritik gründet sich vor allem auf stabilitätspolitische

Argumente, daneben auf das Argument der Glaubwürdigkeit der Geldpolitik. Bei dieser Kritik wird vorausgesetzt, daß es möglich wäre, ein Geldmengenziel so exakt zu berechnen, daß es den konjunkturpolitischen (Wachstums-) und den stabilitätspolitischen Erfordernissen gleichermaßen gerecht wird. Vieles spricht dafür, daß eine strikte Einhaltung des geldpolitischen Zieles in den letzten Jahren zu einem verstärkt restriktiven Effekt geführt hätte; denn trotz der Überschreitung der Zielmarke sind die Fortschritte in der Dämpfung des Preisanstiegs in jedem Jahr größer gewesen, als zu Jahresbeginn jeweils angenommen wurde. Die Geldpolitik hat also tatsächlich, insbesondere 1976, stärker der Stabilitätspolitik als der Wachstumspolitik gedient. Sie sollte deshalb 1978 wie schon 1977 durchaus auf die volle Ausschöpfung des vorgegebenen monetären Spielraums ausgerichtet sein.

Auf dem Gebiet der Lohnpolitik muß sowohl den Notwendigkeiten einer Nachfragesteigerung als auch denen der Kosteneindämmung Rechnung getragen werden⁸. Folgt die Lohnpolitik den der Prognose zugrunde gelegten Annahmen, so würde diesen Erfordernissen in hohem Maße Genüge getan. Einmal ginge diese Entwicklung einher mit einer Abschwächung des Lohnstückkostenanstiegs auf rund 3 vH. Dabei könnte das Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, zumal gefördert durch erhebliche Steuerverzichte des Staates, wieder kräftig zunehmen und so eine Voraussetzung für die Beschleunigung der privaten Investitionstätigkeit erfüllen. Die Steuernachlässe bewirken zudem, daß die Nettoeallöhne mit rund 2,5 vH wieder etwas stärker steigen als im Vorjahr. Verbunden mit den steuerlichen Entlastungen trüge die Lohnentwicklung somit zu einer größeren Sicherheit vieler Arbeitsplätze bei.

Gefahren liegen indes nicht nur in einem übermäßigen Anstieg der Lohnstückkosten; für das erforderliche Wachstum schädlich ist es auch, wenn diese Gefahr nur durch verbreitete und langwierige Arbeitskämpfe verringert werden kann. Gerade in der noch immer labilen konjunkturellen Situation gilt es, solche Konflikte zu vermeiden. Die stärkere Berücksichtigung der ökonomischen Situation der jeweils in Frage stehenden Unternehmensbereiche und des Staates könnte hierzu beitragen.

⁷ Vgl. hierzu insbesondere S. Heckhausen: Nachholbedarf an haushaltsorientierter Infrastruktur in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland. In: Schriftenreihe der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Nr. 114, Göttingen 1976.

⁸ Vgl. Bundesrepublik Deutschland: Leichte Konjunkturbelebung zum Jahresende. Bearb.: Horst Seidler. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 48/49 vom 9. Dezember 1977, S. 423/424.

Bei den tarifpolitischen Zielvorstellungen spielt die erwartete Inflationsrate seit dem Verschwinden der Geldillusion eine erhebliche Rolle. In diesem Jahr wird die Preissteigerungsrate für den privaten Verbrauch wegen der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes nicht viel geringer ausfallen als im Durchschnitt des vergangenen Jahres. Die Preiswirkung der Mehrwertsteuererhöhung sollte nicht in die Tarifkomponente „Inflationsausgleich“ einbezogen werden. Die Mehrwertsteuererhöhung ist einmal eine politisch gewollte Umverteilung zugunsten des Staates, die bei allseitiger einkommenspolitischer Kompensation aber nicht zustande käme; sie ist zum anderen faktisch schon entgolten worden durch die

erheblichen Steuernachlässe, aufgrund derer die Nettoeinkommen in diesem Jahr sogar eine größere Steigerungsrate haben werden als die Bruttoeinkommen.

Im Rahmen neuer Tarifabschlüsse sollte auch die Frage einer weiteren tariflichen Arbeitszeitverkürzung nicht länger ausgeklammert bleiben. Die Anknüpfung an den Trend früherer Jahre würde mittelfristig einen Beitrag zur Wiedergewinnung eines hohen Beschäftigungsgrades leisten. Schritte in dieser Richtung allmählich zu tun erzeugt weniger Reibung als sie zunächst ganz zu unterlassen und sie später mit einem Schub nachzuholen.

Die nächste Nummer des Wochenberichts erscheint am 9. Februar 1978

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter,

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36. Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.